

Preis
5 Pfennige!

Volkswacht

Preis
5 Pfennige!

Organ für die werktätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen

Redaktion und Expedition
Paradiesgasse Nr. 32

Publikations-Organ der Freien Gewerkschaften

Telephon für Redaktion
und Expedition 3290

Beilagen: Die neue Welt, illustriertes Unterhaltungsblatt
Für unsere Frauen mit illustrierter Modenzeitung

Nr. 132

Danzig, Sonnabend den 21. November 1914

5. Jahrgang

Im Flammenschein des Weltkriegs

Rußland in Zentralasien.

(Zum Kriege Rußlands mit Afghanistan.)

Eine interessante Uebersicht über die politische Lage in Zentralasien gibt unser Wiener Parteiblatt in einem Artikel, in dem zunächst gesagt wird, daß die Vermittlungspolitik Rußlands auch die Wehrkraft Persiens am Boden gehalten habe, so daß das etwa 50 000 Köpfe zählende und über das ganze große Gebiet Persiens verstreute reaktäre persische Militär den unruhlichen Ein-

Die europäischen Waren können auf ihrem Wege nach Nordpersien den kostspieligen und langwierigen Karawanenweg über Türkisch-Armenien verlassen und über Batum befördert werden. Sie werden dann in raschem Zuge den in jeder Hinsicht konkurrenzschwächeren Handel Rußlands bald auf den ihm gebührenden Umfang zurückgebrängt haben. Insbesondere werden das vorzügliche und lange noch nicht erschlossene Baumwollland im südlichen Kaukasus und in den nordpersischen Provinzen und die tartarische Schahkammer für die Baumwollindustrie — aus welchen Gebieten Rußland heute schon etwa zwei Drittel seines Baumwoll-

blatt vom 9. November: „Nach den Mitteilungen, die seinerzeit den Abgeordneten von der Regierung gemacht worden sind, ist die Anforderung weiterer Kriegskredite beim Zusammentritt des Reichstages zu erwarten. Es handelt sich indes nicht darum, alsbald neue Kriegsanleihen zu begeben, sondern darum, den Kriegsbedarf bis zum Schluß des Rechnungsjahres 1914 bereitzustellen. Eine Anleihe dürfte in absehbarer Zeit nicht zur Ausgabe kommen, zumal da die Reichsbank, nachdem die Einzahlungen bisher begebene Kriegsanleihe in der Hauptbildung der bei der Reichsbank diskontierten Schahsanweisungen benutzt worden sind, in ein wird, das Reich nach Maßgabe neuer Kriegskredite zu unterstützen.“

Volkswacht

Beilage: Die neue Welt, illustriertes Unterhaltungsblatt :: Publikationsorgan der freien Gewerkschaften

Organ für die werktätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen

Redaktion und Expedition: Paradiesgasse Nr. 32

Telephon für Redaktion und Expedition: Nr. 3290.

An die Leser und Geschäftsfreunde der Volkswacht!

Nachdem bereits die Mobilmachungsordre den Betrieb unseres Unternehmens in schwerer Weise gestört hatte, erfolgte vor einigen Tagen die Verschärfung des über Danzig verhängten Belagerungszustandes. Im Zusammenhang damit untersagte der Kommandant der Festung Danzig das Erscheinen der Volkswacht. Dieses Verbot war unserer Meinung nach ungerechtfertigt. Mag unsere sozialdemokratische Ueberzeugung von der der Regierung noch so sehr abweichen, so sind doch auch wir im höchsten Maße daran interessiert, daß Deutschland, nicht Rußland und seine Verbündeten, aus dem gegenwärtigen Kampfe als Sieger hervorgeht. Nie würden wir ruhig zusehen, daß die Kosakenknete über deutsche Gefilde herrscht. Darum mußte die Volkswacht, als der Krieg ausgebrochen war, trotz ihrer Gegnerschaft gegen ihn, die politischen Gesichtspunkte hinter den nationalen zurücktreten lassen. Die Redaktion hat in einem Schreiben an den Kommandeur des 17. Armeekorps der Ansicht Ausdruck gegeben, daß sie alles zu vermeiden wünschte, was auch nur den Schein der Illoyalität auf die Volkswacht laden könnte. Darauf erhielt unser Blatt von dem Generalkommando und auch von der Königlichen Regierung anstandslos die für die Presse bestimmten Mitteilungen ausgehändigt. Unsere Zeitung hat seit der Verhängung des Kriegszustandes nicht die geringsten Differenzen mit einer Behörde gehabt und das Verbot mußte um so überraschender sein, weil wenige Tage vorher der Deutsche Kaiser erklärt hatte:

„Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur Deutsche!“

Auf die von uns unternommenen Schritte hat der Herr Kommandant dann die Sachlage noch einmal geprüft und die Aufhebung des Verbots verfügt.

Die Volkswacht kann weiter erscheinen!

Trotzdem sehen wir uns veranlaßt, für einige Wochen davon Abstand zu nehmen. Noch immer sind die Bahn- und Postverbindungen für militärische Zwecke sehr stark in Anspruch genommen. Es erscheint ausgeschlossen, für die nächsten Wochen unseren auswärtigen Abonnenten auch eine einigermaßen regelmäßige Zustellung in Aussicht stellen zu können, wenn z. B. in einer Großstadt die Redaktion selber seit vier Tagen nahezu keine auswärtigen Zeitungen erhalten hat, wie es uns erging. Das wird anders sein, wenn die Bahnen nicht mehr für die großen Truppentransporte, sondern nur für den Nachschub benutzt werden. Dann wird auch die Klärung der militärischen Lage an der Ostgrenze erfolgt sein. Wir hegen keine Furcht vor einer russischen Invasion. Was sich vor einigen Jahren im russisch-japanischen Kriege abspielte, wird sich wiederholen. Zu verkommen ist der Zarismus, als daß er den Sieg an sich fesseln könnte. Aber in Danzig und in Westpreußen gibt es der ängstlichen Gemüter noch viele. Handel und Gewerbe werden sich erst nach einem bedeutenden Erfolge der deutschen Waffen wieder beleben. Die Arbeitslosigkeit ist heute entsetzlich hoch; das wird in einigen Wochen anders sein, wenn das zurückkehrende Vertrauen der Industrie Beschäftigung gibt.

Wir bitten die Leser und Geschäftsfreunde der Volkswacht für kurze Zeit um Geduld. Zuversichtlich hoffen wir, in kurzem wieder auf den Plan zu treten. Möglich, daß die Volkswacht, den veränderten Zeitverhältnissen Rechnung tragend, einstweilen ihren Umfang einschränken muß. Aber sie wird weiter wie bisher die Sache der Arbeiter vertreten und ihrem Namen Ehre machen. Die Treue, die sie hält, erwartet sie jedoch auch von ihren Freunden.

Auch diese Krise wird vorübergehen. Je enger wir zusammenstehen, um so geringer wird der Schaden sein, den der Einzelne erleidet. In dieser Ueberzeugung rufen wir unseren Lesern und Freunden ein: Auf Wiedersehen! zu.

Redaktion und Verlag Volkswacht.

riotische Landwirte. Sehr sonderbare Nachricht der Landrat des freikonservativen Kreises er ersten Kriegszeit mit einer Anzahl wackler. Mehr als alle Worte sagen könnten, der nachstehende öffentliche Aufruf:

De 15, 22. Oktober 1914.

ange hierdurch zur öffentlichen Kenntnis, daß sich nach dem Gemeindevorsteher der Bauerngutsbesitzer Rudolph der wohlhabendsten Leute in Sakrau, gewel ihm mit Fug und Recht zugestellte Einquartierung und daß ich erst gerührt gewesen bin, mit Zwangsgewegen ihn vorzugehen.

Der Königliche Landrat Graf Kospoth.

Herr bildet aber nicht etwa eine Ausnahme, Landrat muß noch deutlicher werden um den riotismus seiner Agrarier an den Praxiser. Er sagt in einer zweiten Bekanntmachung: Inge hiermit zur öffentlichen Kenntnis, daß nach Pionierbataillons 6 der Bauerngutsbesitzer Langzeigelsdorf sich bei der Aufnahme der Einquartierung demwillig und unpatriotisch gezeigt hat. Das ist ind Schande für die ganze Detschaft Groß-Weigelsdwohner mit Bangner in gebührender Weise gen.“

en schlesischen Landrat ist dieser Ton gegen gewiß das menschenmögliche. Man wird sie für die Zukunft merken müssen.

Erfolge in Rußland und Ägypten.

tinopel, 18. Nov. (W. T. B.) Der heutige türkischen Hauptquartiers lautet: Auf allen ähen werden die Kämpfe mit Erfolg fortz e Truppen an der ägyptischen Grenze besetzen), das 120 Kilometer jenseits der Grenze liegt et die türkische Fahne. Unsere Truppen, die nach Rußland eindringen, schlagen mit Golt-Russen nach heftigen Kämpfen und fügten roße Verluste zu. Unsere Truppen machten e und erbeuteten zwei Gebirgsgeschütze.

ue Beschießung von Libau.

19. Nov. (Mittl. W. B.) Am 17. No- Teile unserer Offizierskräfte die Efa- Bi d a u e r S a f e n s durch versenkte Schiffe ud die militärisch wichtigsten Anlagen be- orpedoboot, die in den Innenhäfen ein- en fest, daß feindliche Kriegsschiffe u Hafen waren. Vertretende Chef des Admiralstabes. ges. Behndte.

erfrauen

Frau des Proletariats gibt aber mit der in den Kampf zieht, viel mehr, als Bürgertums. Von ihr geht nicht nur der der, sondern auch der Ernährung Nahrung die Existenz. So manche Teilnehung trug Trauerkleidung als Beweis dafür, ungeschloße Krieg ihr schon den se meisten t hatte. Dieser tragische Untergrund der zeigte ungewollt die Schürze der Arbeiter, die städtische Verwaltung vorhanden wer-

Veränderte Geschäftszeit der Ortskrankenkasse.

Um den Mitgliedern möglichst viel Gelegenheit zur Erledigung ihrer Angelegenheiten zu geben, hat die Kasse die Geschäftszeit erweitert. Sie ist jetzt von 8 bis 1 Uhr vormittags und von 2 bis 6 Uhr nachmittags geöffnet. Auszahlungen erfolgen indes nur von 9 bis 1 Uhr und von 2 bis 6 Uhr.

Die Ortskrankenkasse hat hierdurch ein Entgegenkommen geübt, das anerkannt werden muß. Wir möchten auch die Mitglieder dringend ersuchen, in dieser außerordentlichen Zeit gegen die Kasse und ihre Beamten jede Rücksicht zu üben. In der Verwaltung sitzen auch die Vertreter der Arbeiterschaft. Sie sind mit dem Gesamtvorstand und der Verwaltung ständig bemüht, den Mitgliedern in jeder möglichen Weise zu nützen, deshalb muß auch von den Mitgliedern gefordert werden, daß sie die Arbeit der Kasse durch verständnisvolle Anpassung an die jetzt bestehenden Verhältnisse und die erforderlich werdenden Maßnahmen erleichtern.

Bekanntmachung.

Für den Bezirk des Stadtkreises Danzig lege ich folgende Höchstpreise für Lebensmittel fest:

1. Roggenmischbrot von mindestens	
2. Pfd. Gewicht	0,50 M.
2. Kartoffeln, 1 Ctr.	5,50 "
das 5 Litermaß	0,50 "
3. Roggenmehl	Pfd. 0,27 "
Weizenmehl	" 0,30 "
Berstengraupe	" 0,40 "
Weizengries	" 0,30 "
Bersten- und Hafergrützen	" 0,30 "

Erbisen, gelbe zum Kochen

a) ungeschälte	0,30 M.
b) geschälte	0,35 "
Reis	Pfd. 0,30 "
4. Salz	" 0,20 "
Zucker	
a) Streuzucker	Pfd. 0,25 "
b) Würfel- und Brotzucker	" 0,30 "
5. Große Serringe	Stück 0,10 "
6. Fleisch pro Pfund:	
a) Rindfleisch:	
Keule (Oberschale, Schwanzstück, Brust)	1,00 "
Bug (Schulterstück)	0,90 "
Bauch, Dünung, Hals	0,85 "
Brust	0,85 "
Spannrippen	0,90 "
Rinderklops (gehacktes Fleisch)	1,00 "
Rindernierentalg (roh)	0,70 "
b) Kalbfleisch:	
Keule	1,10 "
Kotelette	1,20 "
Bug (Schulterstück)	0,90 "
Brust	0,90 "
Kamm, Hals, Rippen	0,90 "
c) Hammelfleisch:	
Keule	1,20 "
Kotelette	1,10 "
Bug, (Schulterstück)	1,10 "
Brust, Hals, Dünung	1,00 "
d) Schweinefleisch:	
Karbonade	1,10 "

Kammstück	1,00 M.
Bauchfleisch	0,70 "
Keule (frischer Schinken)	0,80 "
Bug (Schulterstück)	0,70 "
Kopf, Ohren und Schnauzen	0,50 "
Beine	0,45 "
Schweineklops (gemahl. Fleisch)	0,80 "
Frisches Rückenfett	0,90 "
Beräucherter roher Schinken im Aufschnitt	1,60 "
Beräucherter Speck	1,00 "
Inländisches Schmalz	1,00 "
Amerikanisches Schmalz	0,80 "

7. Futtermittel, Alete, Mehl:	
Weizen- und Roggenkleie	3tr. 8,00 "
Futtermehl	" 8,50 "
Futterhafer (geschrotet)	" 12,60 "
Futterhafer	" 12,00 "
8. Milch und Butter:	
marktfähige Vollmilch	Liter 0,18 "
Magermilch	" 0,08 "
feinste Tafelbutter	Pfd. 1,60 "
Kochbutter	" 1,40 "

In gewerblichen Verkaufsstellen dürfen bei Strafe sofortiger Schließung der Läden für vorbezeichnete Lebensmittel höhere Preise weder gefordert noch bezahlt werden.

Danzig, den 5. August 1914.

Der Kommandant.

Konsum- und Spargenossenschaft

für Danzig u

Eingetragene Genossenschaft

Zur Re:

Um auch während der jetzigen abgabe ordnungsgemäß vornehm dringende Bitte an unsere Mitgl. wünschenswerten Bedarfs einzudecken.

Nur wenn dieser Rat befolgt unter den jetzigen schwierigen zu leiten, wie es wünschenswer

Wenn aber, wie dieses in Verkennung der tatsächlichen längere Zeit versorgen wollen, zuführen und es findet eine Bglieder statt.

Deshalb hoffen wir, daß Streben, eine gerechte Verteilung glieder durchzuführen, unterstützung in jeder Weise beachtet

Allgemeine Ortskrankenkasse Danzig.

Vom 1. August bis auf we die Geschäftsstunden der Kasse von 8 bis 1 Uhr vormittags 2 bis 6 Uhr nachmittags

Auszahlungen finden 9 bis 1 Uhr vormittags 4 bis 6 Uhr nachmittags

Der Vorstand der Allgemeinen Ortskrankenkasse Danzig.

Verantwortlich

Gewerkschafts-Kartell

Preis
5 Pfennige!

Volkswacht

Preis
5 Pfennige!

Organ für die werftätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen

Redaktion und Expedition
Paradiesgasse Nr. 32

Publikations-Organ der Freien Gewerkschaften

Telephon für Redaktion
und Expedition 3290

Beilagen: Die neue Welt, illustriertes Unterhaltungsblatt
Für unsere Frauen mit illustrierter Modenzeitung

Nr. 132

Danzig, Sonnabend den 21. November 1914

5. Jahrgang

Im Flammenschein des Weltkriegs

Rußland in Zentralasien.

(Zum Kriege Rußlands mit Afghanistan.)

Eine interessante Uebersicht über die politische Lage in Zentralasien gibt unser Wiener Parteiblatt in einem Artikel, in dem zunächst gesagt wird, daß die Zermürbungspolitik Rußlands auch die Wehrkraft Persiens am Boden gehalten habe, so daß das etwa 50 000 Köpfe zählende und über das ganze große Gebiet Persiens verstreute reguläre persische Militär den moralischen Einwirkungen einer der jetzigen in Europa wütenden Schlachten nicht gewachsen sei. Afghanistan jedoch sei dem russischen Eroberungshunger noch nicht zum Opfer gefallen und habe eine gewisse Militärmacht halten können. Diese Völker mit ihren insgesamt 25 Millionen Köpfen könnten sich aber in einen regelrechten Krieg mit Rußland nicht einlassen; doch könnten sie zweifellos die russischen Besatzungstruppen rasch über den Haufen werfen.

Dann sagt die Wiener Arbeiterzeitung weiter:

„Persien wäre also frei. Aber in Rußisch-Zentralasien haben sich die Russen zur Verteidigung eingerichtet. Dort haben sie zu viel zu verlieren, als daß sie davonlaufen dürften. Millarden hat Rußland in diesem Gebiete in Baumwollkulturen investiert; eine große Eisenbahn, viele Tausende dort angesiedelte russische Banern, Faktoreien, besetzte Militärlager; das alles kann man nicht im Echnen lassen. Vielleicht wird man gar die aus Persien zurückgezogenen Truppen nach Transkaspien als Verstärkung schicken. Wenn aber die Flamme des Krieges auflodert, wenn aus den Steppen und Tälern die brannen, wilden Völkern herankommen, um blutige Vergeltung zu üben, wenn in diesem heiligen Kampfe von Afghanistan und Nordpersien her — wo die Russen durch ihre schonungslos zerstörten den Muslimen heiligen Stätten unaussprechbaren Haß erworben haben —, wenn von diesen Grenzen her Unterstützung herankommt, dann wehe den Soldaten des „Großen Jaren!“ Wehe allen russischen Untertanen, die dort leben! Wenn russische Niederlagen dort bekannt werden, dann wird ein einziger jubelnder Rachejchrei durch das iranische Hochland bis nach China und Buchara und Chokand dringend und Freiheitsstammel und Rußland werden sich aneinander anzulinden und ihre Flammen als Wetterzeichen über ganz Zentralasien lodern lassen. Das würde ein Rehtaus!

Für den europäischen Kriegsschauplatz wird das alles jedoch nur geringe Bedeutung haben. Die Russen werden keinen einzigen Soldaten von den deutsch-österreichischen Grenzen zurücknehmen. Sie werden erst den europäischen Krieg erlebigen wollen. Die Russen werden hoffen, daß die rebellischen Kolonialgebiete jederzeit wieder gezüchtigt und gebemüht werden können — ohne Rücksicht darauf, wie der europäische Krieg ausfällt. Diese Hoffnung ist besonders aber in Persien, sofort gleichzeitige politische Kräfte organisiert werden. Diese politisch degenerierten Völker, diese Staatswesen, denen in langen Zeiten ihrer politischen Bevormundung die politischen und organisatorischen Fähigkeiten verkommen sind, bedürfen der Hilfe und Führung von außen her. Und diese Hilfe kann nur die Türkei leisten. Das Entscheidende ist jetzt, daß die leitenden Köpfe dieser großen antirussischen Bewegung von Konstantinopel bis nach Teheran und Kabul und China und Buchara und Chokand, vom türkischen Ministerium bis hinab zu den Nomadenkönigen und Scheichs die Notwendigkeit gemeinsamen Handelns und daß die Häupter der hohen Porte ihr Führeramt ergreifen.“

Die wirtschaftlichen Erfolge der Befreiung Zentralasiens vom russischen Joch faßt unser Wiener Parteiblatt in folgenden Worten zusammen:

„Die europäischen Waren können auf ihrem Wege nach Nordpersien den kostspieligen und langwierigen Karawanenwegen über Türkisch-Melementen verlassen und über Batum befördert werden. Sie werden dann in raschem Zuge den in jeder Hinsicht konkurrenzschwächeren Handel Rußlands bald auf den ihm gebührenden Umfang zurückgedrängt haben. Insbesondere werden das vorzügliche und lange noch nicht erschlossene Baumwollland im südblichen Kaukasus und in den nordpersischen Provinzen und die tartarische Schachkammer für die Baumwollindustrie — aus welchen Gebieten Rußland heute schon etwa zwei Drittel seines Baumwollbedarfes zu decken vermag — das russische Ausbeutungsmonopol los werden und auch für das übrige Europa billige Baumwolle liefern können. Diese Baumwollgebiete sind soweit und so ertragsfähig, daß sie der europäischen Textilindustrie zu einer wirksamen Waffe gegen die amerikanischen Baumwollkönige werden können. Die Gebiete Zentralasiens sind für den europäischen Markt noch sehr aufnahmefähig. Sie könnten sich zu einem recht bedeutenden Absatzgebiet für die europäische Industrie entwickeln. Die reichen Bodenschätze dieser gesegneten Erdstriche würden umgekehrt für die europäische Produktion neue Vorteile schaffen können.“

Unter diesem Gesichtspunkt gewinnt die Entflammung der Kriegssackel in Zentralasien für Europa erhöhtes Interesse. Die Freiheit Zentralasiens kommt Europa zugute und schädigt das landgierige Rußland.

Vom Reichstage.

Der Reichstag ist nun auf Mittwoch den 2. Dezember einberufen.

Die Tagung des Reichstags. Der Neue Pölitische Tagesdienst stellt mit: Es steht nunmehr fest, daß der Reichstag für das nächste Jahr in der bevorstehenden kurzen Tagung des Reichstags im Dezember nicht zur Vorlage gelangen wird. Ob die Reichsfinanzverwaltung schon bei dieser Tagung mit einer neuen Kreditvorlage zur Deckung der Kriegskosten an den Reichstag herantreten wird, oder erst in einer späteren Tagung nach Neujahr, steht zurzeit noch nicht fest. Der Umstand aber, daß hierüber Erwägungen schweben, beweist, daß die in manchen Kreisen herrschende Ansicht über die Kosten des Krieges und ihre Deckung aus der bisherigen Anleihe irrtümlich ist. Man scheint vielfach zu glauben, daß der Reichsfinanzverwaltung die jetzigen Einzahlungen auf die Kriegsanleihe zur weiteren Bestreitung der durch den Krieg verursachten Kosten zur Verfügung stehen. Diese Annahme ist jedoch unzutreffend. Man muß sich vergegenwärtigen, daß bei Ausbruch des Krieges dem Reiche nur ein Kriegsschatz von rund 200 Millionen Mark zur Verfügung stand, der naturgemäß nur für die ersten Tage der Mobilmachung ausreichte. Infolgedessen war die Finanzverwaltung gezwungen, auf Grund des ihr vom Reichstag durch das Gesetz vom 4. August eingeräumten Kredites die Reichsbank durch Ausgabe von Schatzanweisungen in Anspruch zu nehmen. Hierdurch wurden die Kosten des Krieges für zwei Monate gedeckt. Ein sehr erheblicher Teil zur Kriegsanleihe mußte daher sogleich zur Einlösung der ausgegebenen Schatzscheine verwendet werden. Hieraus läßt sich ermaßen, wie lange etwa der vom Reichstag eingeräumte Kredit ausreichen kann.

Die neuen Kriegskredite. Durch die offiziöse Presse wird die Deffentlichkeit langsam darauf vorbereitet, daß vom Reichstag der am 2. Dezember zusammentritt, die Bewilligung eines neuen Kriegskredites verlangt wird, so schreibt der Berl. Lok.-Anz. in seinem Abend-

blatt vom 9. November: „Nach den Mitteilungen, die seinerzeit den Abgeordneten von der Regierung gemacht worden sind, ist die Anforderung weiterer Kriegskredite beim Zusammentritt des Reichstages zu erwarten. Es handelt sich indes nicht darum, alsbald neue Kriegsanleihen zu begeben, sondern darum, den Kriegsbedarf bis zum Schluß des Rechnungsjahres 1914 bereitzustellen. Eine Anleihe dürfte in absehbarer Zeit nicht zur Ausgabe kommen, zumal da die Reichsbank, nachdem die Einzahlungen auf die bisher begebene Kriegsanleihe in der Hauptsache zur Abdeckung der bei der Reichsbank diskontierten kurzfristigen Schatzanweisungen benutzt worden sind, in der Lage sein wird, das Reich nach Maßgabe neu zu bewilligender Kriegskredite zu unterstützen.“

Unpatriotische Landwirte. Sehr sonderbare Erfahrungen macht der Landrat des freikonserватiven Kreises Oels in dieser ersten Kriegszeit mit einer Anzahl wackecher Agrarier. Mehr als alle Worte sagen könnten, spricht wohl der nachstehende öffentliche Aufruf:

Oels, 22. Oktober 1914.

Ich bringe hierdurch zur öffentlichen Kenntnis, daß sich nach Anzeige des Gemeindevorstandes der Bauerngutsbesitzer Rudolf Pfmann, einer der wohlhabendsten Leute in Sakrau, gemeldet hat, die ihm mit Zug und Recht zugeleitete Einquartierung aufzunehmen, und daß ich erst genötigt gewesen bin, mit Zwangsmahregeln gegen ihn vorzugehen.

Der königliche Landrat Graf Kospoth.

Dieser Herr bildet aber nicht etwa eine Ausnahme, nein, der Landrat muß noch deutlicher werden um den ganzen Patriotismus seiner Agrarier an den Pranger zu stellen. Er sagt in einer zweiten Bekanntmachung:

„Ich bringe hiermit zur öffentlichen Kenntnis, daß nach Meldung des Pionierbataillons 6 der Bauerngutsbesitzer Langner in Groß-Weigelsdorf sich bei der Aufnahme der Einquartierung höchst widerwillig und unpatriotisch gezeigt hat. Das ist eine Schmach und Schande für die ganze Ortschaft Groß-Weigelsdorf, deren Einwohner mit Langner in gebührender Weise abrechnen mögen.“

Für einen schlesischen Landrat ist dieser Ton gegen die Agrarier gewiß das menschenmögliche. Man wird sich die Erlasse für die Zukunft merken müssen.

Türkische Erfolge in Rußland und Ägypten.

Konstantinopel, 18. Nov. (W. L. B.) Der heutige Bericht des türkischen Hauptquartiers lautet: Auf allen Kriegsschauplätzen werden die Kämpfe mit Erfolg fortgeführt. Unsere Truppen an der ägyptischen Grenze besetzen Kalatunah (?), das 120 Kilometer jenseits der Grenze liegt und hielten dort die türkische Fahne. Unsere Truppen, die durch Kaschan nach Rußland einbrachen, schlugen mit Gottes Hilfe die Russen nach heftigen Kämpfen und fügten dem Feinde große Verluste zu. Unsere Truppen machten 100 Gefangene und erbeuteten zwei Gebirgsgeschütze.

Neue Beschießung von Libau.

Berlin, 19. Nov. (Mittl. W. B.) Am 17. November haben Teile unserer Ostseestreitkräfte die Einfahrt des Libauer Hafens durch versenkte Schiffe gesperrt und die militärisch wichtigsten Anlagen beschossen. Torpedoboote, die in den Innenhafen einbrachen, stellten fest, daß feindliche Kriegsschiffe nicht in dem Hafen waren.

Der Bevollmächtigte Chef des Admiralsstabes, ges. Bednarek.

Protest der Danziger Kriegerfrauen

Seit sich die von sozialistischen Idealen getragene Arbeiterbewegung in Danzig durchgesetzt hat, sah der Bürgergarten in Schildlich manche eigenartige und insipidante Veranstaltung. Dazu, wie besonders die aufsehenerregende Volksversammlung, in der im Dezember 1900 der ehrwürdige Konfistorialrat D. Franz von der St. Marienkirche sein Bekenntnis zum Sozialismus ablegte. An Bedeutung stand hinter ihr in Würdigung der Feiwerhätigkeit kaum zurück die Massenversammlung der Kriegerfrauen, die am letzten Sonntag nachmittag,

der vom Danziger Magistrat gehandhabten Kriegsunterstützung Stellung nahm.

Der große Saal und seine Nebenträume waren vollständig gefüllt von Frauen, von denen der größte Teil wahrscheinlich noch nie eine Versammlung gesehen hatte und zu anderen Zeiten der Einladung dazu wohl auch nicht gefolgt wäre. Jetzt waren sie alle gekommen, am Zeugnis dafür abzulegen, daß auch sie in der freien Arbeiterbewegung den Kuvalt ihres Vertrauens sehen

Es ist ein sehr düsteres Kapitel: die Frauen und der

Krieg. Die Frau des Proletariats gibt aber mit dem Manne, der in den Kampf zieht, viel mehr, als die Frau des Bürgertums. Von ihr geht nicht nur der Gatte und Vater, sondern auch der Ernährer. In ihm verliert sie auch die Erstling. So manche Teilnehmerin der Versammlung trug Trauerkleidung als Beweis dafür, daß der erbarmungslose Krieg ihr schon den so wertigen Schlag versetzt hatte. Dieser tragische Untergrund der Versammlung zeigte ungewollt die Härte der Lage, die hier gegen die städtische Verwaltung vorhanden war-

den mühte. Im Rathaus kann man sich anscheinend nicht von dem Gedanken befreien, daß die Frau des Kriegers erst Bettelbedürftigkeit nachweisen muß, ehe sie die Unterstützung der Behörde fordern darf. Die Frauen, die hier versammelt waren, begründeten durch ihre bloße Anwesenheit ihr Recht auf menschenwürdige Unterstützung als beschuldende Entgelt dafür, daß sie der Volksgemeinschaft alles geben müßten, was das Leben ihnen geboten hat. Wir hätten erwartet, daß speziell der Danziger Stadtrat, der diese Versammlung in erster Linie veranstaltet hatte, ihr beizuwohnen hätte. Er war jedoch abwesend. Der Magistrat hätte in seiner Stellung zur Fürsorge für die Kriegsfrauen die beste Gelegenheit, durch die Tat zu beweisen, daß die Gemeinde nicht die Interessen des Volkes, sondern ausschließlich das Gemeinwohl fördert. Ob er es getan hat, bewies diese imposante Versammlung, die für ihn kein Ruhmesblatt ist.

Männliche Personen waren nur wenige anwesend. Unter ihnen befanden sich mehrere uniformierte Krieger, ein an diesem Ort ganz ungewohnter Anblick, die unvorhohlen ihre Freude darüber äußerten, daß die Führer der Organisationen sich so nachdrücklich ihrer Angehörigen annahmen.

Die Genossen Leu, Unterhalt und Jäpel waren im Auftrage der sozialdemokratischen Partei und des Gewerkschaftskartells bei dem Oberbürgermeister Scholz und dem Stadtrat Dr. Evert vorstellig geworden, um gegen die engherzige Bemessung der staatlichen Kriegsunterstützung Einspruch zu erheben und die Einführung einer städtischen Unterstützung zu fordern. Ihr Bericht stand in der Hauptsache auf der Tagesordnung.

Als erster Redner kam Genosse Leu zum Wort. Er kritisierte die Teuerung der Lebensmittel, die nicht eine unermessliche Folge des Krieges sei, sondern häufig von krassen Lebensmittelwucherern künstlich gesteigert würde. Gegen diese vaterlandslosen Gesellen hätte die Regierung schon längst Höchstpreise festsetzen müssen. Sie habe aber viel zu lange gewartet und Höchstpreise für die so ungemein wichtige Kartoffel überhaupt noch nicht eingeführt. Die Preissteigerungen seien in Danzig überaus hart und trafen besonders schwer die notleidenden Frauen der Krieger. Mit den 12 Mark staatlicher Unterstützung für die Frau und 6 Mark für ein Kind sei unmöglich auszukommen. Die Wirkung sei der Hunger und seine grauamen sozialen Folgen. Dafür trügen diejenigen die Verantwortung, die den Vorwurf des Dichters verdienten: Ihr laßt den Armen schuldig werden, dann übergebt Ihr ihn der Pein! Hunderte von Gemeinden hätten den Verhältnissen Rechnung getragen und eine t ä b t i s c h e Unterstützung eingeführt. In Danzig sei davon bisher keine Rede gewesen. Hier sei sogar die staatliche Unterstützung nach den besonderen Grundsätzen des Stadtrats Dr. Evert in vielen Fällen nicht gewährt worden. Erst auf die Beschwerden der sozialdemokratischen Arbeitervertreter seien mildere Seiten aufgezeigt. Die Stadtverordneten, die sich Liberaler oder christliche Arbeitervertreter nennen, hätten für die Not der Frauen und Kinder der Krieger nicht ein einziges Wort übrig. Sie stimmten für die städtische Unterstützung der Hausbesitzer. Für die sozialdemokratischen Anträge, um Erhöhung der Unterstützung für die Frauen auf 30 Mark und für jedes Kind auf 8 Mark traten sie nicht ein. Jetzt müßten die Kriegsfrauen ihr gutes Recht von der Stadt fordern. Lebhafter Beifall dankte dem Redner.

Genosse Jäpel brachte zur Sprache, daß kinderlosen Frauen in der Großstadt Danzig die staatliche Unterstützung auch dann verweigert worden sei, wenn die Frauen krank oder schwanger waren. Auch private Unterstützungen wurden ihnen angerechnet, bis der entrüstete Protest mehrerer Arbeitgeber diesem Unfug ein Ende machte. Die Kommission habe vom Stadtrat Evert die Zusage erreicht, daß auch kinderlosen Frauen die Unterstützung gezahlt werden solle, wenn sie einen eigenen Haushalt hätten. Auch soll sie den Frauen gewährt werden, die zur Arbeit gängen; wo das bisher nicht geschah, soll Nachzahlung erfolgen. Auch private Unterstützungen, sowie die von der Kaiserlichen Werk und von der Schichau-Werke gezahlten Beiträge sollen jetzt nicht mehr zur Kürzung der Staats-Unterstützung benötigt werden.

werden. Der Oberbürgermeister habe jener zugezagt, daß die Nachzahlung in allen Fällen, in denen bisher nichts gewährt wurde, erwogen werden solle.

In der Debatte erklärte Genosse Gehl das Ergebnis der Bemühungen beim Magistrat als völlig ungenügend. Die Versammelten müßten ihr Recht fordern, zu welchen Mitteln die Stadt gegriffen gäbe, um die Unterstützung zu kürzen, sei unbegrifflich. Sogar die Allgemeine Ortskrankenkasse habe ihre Listen zur Verfügung gestellt, und dadurch in unzulässiger Weise dem Magistrat die Frauen mitgeteilt, die in Arbeit standen. Unsere Genossen im Vorstande der Ortskrankenkasse hätten dafür gesorgt, daß dieses Verfahren verhindert wurde. Das schlechte Beispiel Danzigs wirke anscheinend auch nach außerhalb. Einige Gemeinden in den Danziger Landkreisen hätten sogar einen ganz unberechtigten Arbeitszwang für die Frauen eingeführt. Ein Vessier in der Niederung forderte eine Frau mit sechs Kindern, von denen das jüngste kaum ein Jahr alt ist, auf, bei ihm zu arbeiten. Als sie das ablehnte, drang der Patriot in die Wohnung und bedrohte die Frau mit Schlägen. Auf ihre Proteste erwiderte der gefühlvolle Agrarier: „Jetzt ist Krieg, es ist kein Mann mehr da!“ Das Volk müsse auch im Kriege sein gutes Recht fordern, damit nicht es dem Vaterlande. Dann empfahl Gehl die folgende Resolution:

Die Versammlung der Frauen der im Felde stehenden Mitglieder der freien Gewerkschaften und des Sozialdemokratischen Vereines in Danzig nimmt mit Verleibung davon Kenntnis, daß von den genannten Organisationen versucht worden ist, den Magistrat der Stadt Danzig zu veranlassen, die Not der Kriegsfamilien zu lindern.

Die Not der Kriegsfamilien wird, je länger der Krieg dauert, desto größer. Die staatliche Unterstützung reicht bei weitem nicht aus, die Not zu lindern, geschweige denn zu beseitigen. Die Lebensmittelpreise haben schon jetzt eine Höhe erreicht, wie nie zuvor. gewissenlose Spekulantent benutzen die Not der armen Kriegsfamilien nun, sich auf deren Kosten zu bereichern. Die Hauswirte drängen auf Bezahlung der Wohnungsmieten. Arbeitsgelegenheit ist für die Kriegsfrauen nur sehr wenig vorhanden. Viele Frauen haben bisher überhaupt keine Arbeit erhalten.

Die „Kriegshilfe für Danzig“, die auf die private Hilfe angewiesen ist, ist im Hinblick auf die große Not der Kriegsfamilien vollständig ungenügend.

Ansichts dieser Tatsachen, die dem Danziger Magistrat von den Vertretern der freien Arbeiterorganisationen schriftlich und mündlich mitgeteilt sind hätte die Versammlung eine andere Antwort erwartet. Die Versammlung protestiert gegen die Antwort des Magistrats. Sie ist der Meinung, daß der Magistrat und die Stadtverordneten verpflichtet sind Maßnahmen zu treffen, die biligeren Not der Kriegsfamilien zu beseitigen. Danzig ist die einzige Großstadt, die für die Kriegsfamilien keine Zuschüsse übrig hat. Die Stadtverwaltung scheint der Ansicht zu sein, daß eine Frau mit einem Kind von 80 Pfennig täglicher Unterstützung sich ernähren, für Heizungsmaterial und Kleidung sorgen und Miete bezahlen kann. Das ist ausgeschlossen.

Die Versammlung fordert den Magistrat auf, nun endlich seinen absteigenden Standpunkt aufzugeben und seine sozialen und wirtschaftlichen Verpflichtungen den Kriegsfamilien gegenüber zu erfüllen. Die Versammlung appelliert an das Solidaritätsgefühl der Danziger Bürger und fordert sie auf, sich ihrer Forderung anzuschließen. Nur wenn die Kaufkraft auch der Kriegsfamilien erhalten bleibt, wird der Kaufmann und Gewerbetreibende weiter existieren können, dadurch werden auch indirekt die Interessen der Stadt bewahrt.

Den Arbeiterorganisationen spricht die Versammlung ihre Anerkennung aus für ihr mutvolles Eintreten zur Wahrung der Interessen der Kriegsfamilien und fordert alle Fernstehenden auf, sich diesen Organisationen anzuschließen und sie nach Kräften zu unterstützen.

Genosse Fr ü n g e l wies nach, daß die Gewerkschaften unmöglich in der Lage seien, die Unterstützung der Kriegsfamilien zu leisten. Sie müßten sich der durch den Krieg arbeitslos gewordenen annehmen, für die niemand Sorge. Allein für diese Unterstützung zahlen sie eben 8 B ä n d e w ö c h e n t l i c h über eine Million Mark. Es sei also unbillig, gegen die Organisationen Vorwürfe zu erheben. Ihnen volles Vertrauen entgegen zu bringen und sie mit aller Kraft zu stärken, sei die Aufgabe der Arbeiterchaft.

Genosse B r i l l forderte, daß die Kommission auch bei den Landräten der Kreise Danziger-Höhe und Niederung vorstellig werde, um auch auf dem Lande eine Durchführung der Kriegsunterstützung zu erreichen, die ihrem Zweck gerecht werde. Weder in der Stadt, noch auf dem Lande habe man nach dem Wunsche des Regierungspräsidenten die Vertreter der freien Gewerkschaften an der Fürsorge teilnehmen lassen. Auf dem Lande handle jeder Gemeindevorsteher nach seinem Belieben. Mitunter scheine man sogar noch die Bedürftigkeit nach der politischen Meinung einzuschätzen. Ein Gemeindevorsteher habe sich unlängst gerühmt, daß er einem bekannten Sozialdemokraten, der Armenunterstützung beantragte, die Gemeinde so verreckt habe, daß er fortziehen mußte. Dabei war dieser Genosse durch den Krieg in Not geraten und ihm außerdem in dieser schweren Zeit die Frau gestorben. In R. P l e h n e n d o r f habe der Gemeindevorsteher Frauen mit fünf bis sechs Kindern nur einen Teil der Unterstützung gegeben und ihnen dazu gesagt: „Jetzt sei keine Zeit Kostenstrizel zu essen, sie müßten sich nun einschränken.“ In B ü r g e r w i e s e n habe man den Frauen zwei bis drei Tage von der Unterstützung abgezogen, weil sie angeblich nicht für jeden Tag, sondern monatlich zu zahlen sei. Der Landrat habe gegen diese Handlungsweise nichts eingewendet. Ein Gemeindevorsteher erklärte nach Danziger Muster „in seiner Gemeinde bestiehe keine Bedürftigkeit und sie zahle überhaupt keine Unterstützung“. In O h r a habe man eine Frau mit zwei Kindern abgezogen, weil sie alle vierzehn Tage von der Kaiserlichen Werk 18 Mark erhält. In dieser Gemeinde werde den Frauen bei der Zahlung der Unterstützung durch Vorlesung bekannt gemacht, daß sie bei dem F l e i s c h e r N a e g e l e billige Suppenkochen kaufen können. Dazu stelle man eine Sporbüchse auf den Bahnhöfen, damit die Uermlsten auch noch die Kosten für die Kriegshilfe aufbringen können. Die Benachteiligung der Kriegsfrauen Danzigs sei umso schärfer zu beurteilen, als gerade die Danziger im Kriege besonders schwere Opfer bringen mußten. Viele unserer Freunde seien nicht mehr unter den Lebenden und viele schwer verwundet.

Die Genossen Leu sprach ihre Freude über die imposante Versammlung aus, durch die die Frauen bewiesen, daß sie nicht wortlos dulden wollten. Sie forderte genügende Fürsorge für die Mütter, Frauen und Kinder und teilte aus ihrer Mitarbeit in der Kriegshilfe Beispiele von dem Elend mit, das das engherzige Verhalten der Stadt geschaffen habe. Sie wünschte, daß die Frauen aus dieser trübsamen Zeit lernen.

Eine Frau aus H e u b u d e k l a g t e, daß die Kriegshilfe dort vollständig versagt habe. Dort sei das übriggebliebene Kasernenessen nicht verteilt, sondern zum Besten der Kriegshilfe verkauft worden.

Eine Frau aus S c h i d l i c h beschwerte sich darüber, daß dort die Bedürftigkeit von dem Pfarrer Hoffmann, dem Vorsitzenden des evangelischen Arbeitervereins, sehr eigenartig ermittelt werde. Er urteile sogar danach, ob jemand in der Woche einen Klops zu Mittag esse. Man könne dann erwarten, der Gemeinde von der Kanzel als „Prasser“ hingestellt zu werden.

Genosse U n t e r h a l t empfahl ebenfalls die Selbsthilfe der Kriegsfrauen durch die Zustimmung zu der vorgeschlagenen Resolution. Das Verhalten des Pfarrers Hoffmann würde auch von bürgerlicher Seite entschieden verurteilt.

Darauf wurde die Resolution einstimmig unter allseitigem Beifall angenommen.

Mit einem warm empfundenen Schlusswort ließ Unterhalt die Versammlung ausklingen. Sie wird hoffentlich weitere Forderungen bringen und auch denen zu denken geben, die sie notwendig gemacht haben. Auf jeden Fall haben die Sozialdemokratische Partei und die Freien Gewerkschaften durch ihre Veranstaltung das getan, wovon jetzt häufig ohne Grund geredet wird, wahren Dienst am Vaterlande geübt.

Aus Danzig.

Schickt den im Felde Stehenden die „Volkswacht“!

Das haben sozialdemokratischer Zeitungen in den Angehörigen des Heeres und der Marine gehalten. Die „Volkswacht“ kann den im Felde Stehenden von den Angehörigen als Feldpostbrief zugelassen werden. Feldpostkarte bis 55 Gramm hat portofrei.

Ein paar Worte zu den Danziger Höchstpreisen.

Von jemand, der von Kindesbeinen an entschiedener Demokrat ist und der dann später zwei Monate im Gefängnis lag, weil er in seiner Eigenschaft als sozialdemokratischer Redakteur Kritik an einigen militärischen Dingen übte, wird niemand Hureizung zu den Vertretern des herrschenden Waffenhandwerks erwarten. Ihnen an dieser Stelle Loblieder zu singen, liegt nicht in unserer Absicht. Aber die Gerechtigkeit verlangt die Feststellung,

daß in Danzig bei einem Vergleich der städtischen und der Militärbehörden die letzteren besser abschneiden. Der Magistrat u. die Stadtverordneten reden u. erwägen zwar. Obwohl sie hinter verschlossenen Türen sagen, also nicht, die Ansichten der einzelnen Gemeindeväter, sondern die Beschlüsse der Gesamtheit in die Öffentlichkeit dringen, wird man ein sehr eigenartiges Gefühl nicht los, wenn man sich die Tätigkeit der Kommune ansieht. Es liegt zu viel Arbeiter„freundlichkeit“ in ihren Maßnahmen. Und bis überhaupt etwas geschieht! Die Militärbehörden handeln schneller. Wie kurze Zeit haben die Herren Mackensen und Baerenfels gebraucht, um dem L e b e n s m i t t e l w u c h e r entgegenzutreten! Man male sich das Bild aus, was geworden wäre wenn Magistrat und Stadtverordnete über die Höchstpreise hätten beschließen sollen. Wir wollen gemiß nicht lästern, aber die Debatten hätten einige Tage gedauert, denn es ist neben dem staatsmännischen auch viel kaufmännischer Geist unter unseren Patrioten. Wir glauben der Zustimmung, tausender Leser sicher zu sein, wenn wir das rasche Handeln des Danziger Stadtkommandanten und des Generalkommandos an dieser Stelle lobend hervorheben.

Aber wir müssen auch zum Ausdruck bringen, daß die Bevölkerung Danzigs von den Herren noch mancherlei

erhofft. Die Höchstpreise für mehrere Lebensmittel, vor allem Hülsenfrüchten und Kartoffeln sind sehr hoch. Ob bei der Festsetzung der Höchstpreise die Preise der Militärlieferung mitbestimmend waren, wissen wir nicht. Sicher aber sollen die Höchstpreise für die beste Warenqualität gelten. Die Händler aber machen daraus in sehr vielen Fällen ohne weiteres Normalpreise und lassen sich für mittlere und minderwertige Qualität die Höchstpreise zahlen. Sollte es nicht möglich sein, für mittlere Qualitäten niedrigere Höchstpreise festzusetzen? Dann der Höchstpreis für Salz brauchte nicht um einen Pfennig teurer sein, denn Deutschland ist das reichste Salzland der Erde und der Krieg unterbindet einen großen, vielleicht den größten Teil der Ausfuhr. Zudem liegen die berühmten Salzwerke von Wieliczka und Bochnia im Gebiet unseres österrreichischen Bundesgenossen. Salz kostet sonst pro Kilogramm einschließlich der daraufliegenden Steuer von 12 Pfennigen 20 Pfennige. Heute muß man für ein Kilogramm Salz aber 28 Pfennige zahlen. Das ist eine Preissteigerung von 40 Prozent, die ausschließlich aufs Konto der Spekulation kommt.

Notwendig sind Höchstpreise für Eier und für frische Milch. Rüsteneier kosten heute bereits 1,80 — 2,00 Mark;

Der Krieg und die Arbeiterschaft.

Die Unmöglichkeit der Familienunterstützung durch die Gewerkschaften.

Daß der Weltkrieg die Gewerkschaften vor eine schwierige Aufgabe gestellt hat, die nur durch die opferfreudigste Hingabe der Zurückgebliebenen befriedigend gelöst werden kann, darüber ist man sich allenthalben klar. Manch einer, der jahrzehntlang seiner Gewerkschaft alles gegeben hat, bis sie groß und stark war, sieht heute mit Schmerz diese Mühen und Opfer scheinbar vergeblich gebracht und die erzielten Erfolge mit Vernichtung bedroht.

Ein Blick für die deutsche Arbeiterschaft, daß die Gefahren für den Bestand der Gewerkschaftsorganisationen nur vorübergehende sind. Täglich gibt es erhebende Beweise, daß der Krieg die Opferfreudigkeit der Gewerkschaftsmitglieder nicht erstirkt hat, daß noch eine stattliche Schar von Mitgliedern vorhanden ist, die bereit und entschlossen ist, durchzuhalten, komme was da kommen mag. Dieser Teil bürgt für den Bestand der Organisationen und wird zu einem Kulturträger im wahrsten Sinne des Wortes.

Die Gefahren, die den Bestand der Organisationen bedrohen und ihre Schlagfertigkeit nach dem Kriege merklich zu beeinträchtigen geeignet sind, bestehen in der zeitweiligen Aufhebung einiger Unterstützungsarten und der Ablehnung der Bezahlung einer regelmäßigen wöchentlichen oder monatlichen Unterstützung an die Familien der Mitglieder, die zum Heeresdienst einberufen wurden. Gefährdet wurde auch hier seitens der Zentralvorstände, die reichlich 6 Wochen Zeit brauchten, bis es zu einer einheitlichen Beschlussfassung über die Bezahlung oder Nichtbezahlung von Unterstützung an die Familien der Eingezogenen kam. Während die Zentralvorstände der meisten Gewerkschaften sich auf den Standpunkt stellten, daß es Aufgabe des Staates und der Gemeinden sein müsse, für die Familien der Eingezogenen zu sorgen, und daß die Gewerkschaften gar nicht in der Lage seien, die notwendigen Mittel für die Familienunterstützung neben der Unterstützung für die Arbeitslosen aufbringen zu können, ohne daß die Gewerkschaften in wenigen Monaten finanziell ruiniert wären, haben einige Zentralvorstände alsbald nach Kriegsausbruch beschlossen, den bedürftigen Familien der zum Kriegsdienst eingezogenen Mitglieder fortlaufende wöchentliche Unterstützungen zu zahlen. Dies hat in der ganzen deutschen Gewerkschaftsbewegung verwirrend gewirkt und wurde auch dadurch nicht besser, als die Unterstützung nur an bedürftige Familien eingezogener Mitglieder bezahlt wurde. Welche Familie wird sich nicht bedürftig fühlen, wenn der Ernährer monatelang im Felde steht?

Die Aufhebung der Krankenunterstützung für die Dauer des Krieges führte nirgends zu unüberwindlichen Schwierigkeiten. Die kranken Mitglieder sahen ein, daß sie mit der Unterstützung, die sie von den Ortskrankenkassen erhalten, immer noch besser daran sind wie die Arbeitslosen, die nur auf die Unterstützung ihrer Organisation angewiesen sind. Anders liegen die Dinge bei der Vereinerung der Bezahlung von Unterstützung an die Familien der eingezogenen Mitglieder. Hier erwachsen den Gewerkschaften jetzt schon große Schwierigkeiten, die sich nach dem Kriege noch steigern werden. Zahlreich sind die Frauen, die erklären, daß sie dafür sorgen werden, daß ihre Männer nach dem Kriege keinen Pfennig Beitrag mehr bezahlen. Die Erfahrung zeigt täglich, daß sie ihre Drohung jetzt schon wahr zu machen bestrebt sind, daß sie ihre Männer im Felde entsprechend berichten, die dann voller Entrüstung über die Gewerkschaften in ihren Mitteilungen nach Hause schimpfen, die doch an den Verhältnissen, wie sie die Kriegslage nun einmal leider mit sich bringt, völlig unschuldig sind.

Noch schlimmer ist jedoch, daß nicht wenige Frauen die in Arbeit stehenden Mitglieder auffordern, keine Beiträge mehr zu zahlen. Wenn man auch hoffen darf, daß es gelingt, die vom Kriege Heimkehrenden zu überzeugen, daß die Gewerkschaften nicht anders handeln konnten, und die Zahl derer, die sich abhalten lassen, ihre Beiträge zu bezahlen, nicht allzu groß werden wird, so darf man doch nicht verkennen, daß aus der Tätigkeit vieler Frauen im geschilberten Sinne der Gewerkschaften eine nicht zu unterschätzende Gefahr für ihren Bestand und ihre Schlagfertigkeit nach dem Kriege droht. Dieser Gefahr durch mündliche und schriftliche Aufklärung zu begegnen, muß demnach eine Hauptaufgabe sein.

Es muß allen Beteiligten klar gemacht werden, daß die Gewerkschaftsorganisationen für den Frieden und nicht für den Kriegsfall geschaffen sind. Dies ergibt sich ja schon daraus, daß ihre Statuten keinerlei Unterstützung für den Kriegsfall vorsehen und Rechte und Pflichten für die Dauer militärischer Dienstleistungen ruhen. Aber selbst wenn die Gewerkschaften ihre Unterstützungseinrichtungen auf die Familien ihrer zum Kriegsdienst eingezogenen Mitglieder ausdehnen wollten, so müßte ein solches Verfahren an der finanziellen Leistungsfähigkeit scheitern und würde bei einer 4 bis 5 Monate langen Dauer des Krieges unabwendbar zur völligen Ruinierung ihrer Kassen und festeren Auflösung führen.

Hätten die Gewerkschaften nur mit der Unterstützung der Familien ihrer eingezogenen Mitglieder zu rechnen, so ließe sich darüber reden. Zu diesen kommen aber alle Tausende, die durch den Krieg völlig erwerbslos geworden sind, die die Gewerkschaften nicht im Stich lassen dürfen. Der arbeitslose Familienvater hat leider keinen Anspruch auf Unterstützung durch den Staat, auch kein Unternehmen wird ihm einen Zuschuß leisten, wie dies zum Teil an die Familien der Eingezogenen geschieht. Der Arbeitslose wird in allen Fällen schlimmer daran sein.

Welch riesige Summen von Gewerkschaften ausgebracht werden müssen zur Unterstützung ihrer arbeitslosen Mitglieder, dafür nur einige Beispiele. Nach der Nr. 40 des Korrespondenzblattes der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands vom 3. Oktober d. J. hatten Arbeitslose zu Anfang September 1914:

Verband der	Zahl der Arbeitslosen	Arbeitslosenunterstützung p. Woche Mk.
Bauarbeiter	43 225	250 000
Buchdrucker	16 855	175 000
Fabrikarbeiter	23 788	97 175
Holzarbeiter	51 370	213 600
Metallarbeiter	76 206	436 742
Textilarbeiter	29 721	82 274
Transportarbeiter	16 682	54 770
Zusammen	257 847	1 308 971

Diese 7 Gewerkschaften hatten also zu Anfang September 257 847 Arbeitslose, die so gut wie ausschließlich auf die Unterstützung ihrer Organisationen angewiesen waren. Die hierfür notwendige Unterstützungssumme beziffert sich auf nicht weniger als 1 308 971 Mk. pro Woche. Wenn auch die Zahl der Arbeitslosen in den letzten Wochen erfreulicherweise etwas zurückgegangen ist, so sind heute die Zeiten für die Gewerkschaften nicht minder ernst und stellen sie angesichts des vor der Tür stehenden Winters auf eine harte Probe.

Aber diese 7 Gewerkschaften benötigen allwöchentlich über eine Million Mark zur Auszahlung von Arbeitslosenunterstützung. Daß bei dieser gewaltigen Belastung des Vermögens der Gewerkschaften diese nicht imstande sind, auch noch eine fortlaufende Familienunterstützung zu zahlen, ergibt sich nach dem Gesagten von selbst. Wohl die meisten, die ein solches Verlangen stellen, sind sich selber über die finanzielle Wirkung ihres Verlangens noch über das Vermögen ihrer Organisation im klaren. Eine kleine Aufstellung mag darüber Aufschluß geben.

Verband der	Zu Anfang Sept. waren zum Kriegsd. eingezogen	Davon waren verheiratet
Bauarbeiter	109 000	87 200
Buchdrucker	12 714	6 900
Fabrikarbeiter	44 329	32 000
Holzarbeiter	44 460	30 400
Metallarbeiter	131 891	?
Textilarbeiter	12 165	9 092
Transportarbeiter	61 247	40 829
Zusammen	415 506	206 421

Diese Zahlen sind recht unvollkommen, da seit Anfang September fortgesetzt Einberufungen stattgefunden haben. Immerhin zeigen sie, daß die aufgeführten Gewerkschaften Anfang September 415 506 Mitglieder hatten, die zum Kriegsdienst einberufen waren. Nimmt man an, daß unter den 131 891 eingezogenen Mitgliedern des Metallarbeiterverbandes nur 50 000 Verheiratete sind, so ergibt dies 256 421 verheiratete Gewerkschaftsmitglieder der 7 benannten Verbände. Wollten sie dem Verlangen auf Einführung einer fortlaufenden Unterstützung an die Familien der Eingezogenen entsprechen und dafür nur 10 Mk. pro Monat in Rechnung stellen, so hätten sie neben einer Million Arbeitslosenunterstützung pro Woche noch 2 564 210 Mk. für Familienunterstützung jeden Monat aufzuwenden. Dies ist nicht möglich, weil es ihre Kräfte übersteigt.

Bei der Frage der Gewährung oder Nichtgewährung von Familienunterstützung durch die Gewerkschaften kommt noch ein weiteres ausschlaggebendes Moment hinzu, das von den Unterstützungsfordernden völlig außer acht gelassen wird. Es ist dies der durch den Krieg bedingte und sich ständig verschärfende Einnahmefall. Nimmt man an, daß die 415 506 eingezogenen Mitglieder und die 257 847 Arbeitslose, die die 7 angeführten Verbände zu Anfang September hatten und im Durchschnitt bis zum Kriegsausbruch nur 60 Pf. Wochenbeitrag zahlten, so bedeutet dies eine fortlaufende Mindereinnahme von 384 011 Mk. für jede Woche seit Anfang August. Nimmt man weiter an, daß ein Teil der Arbeitslosen ihre Beiträge bezahlt und die Zahl der Arbeitslosen zurückgegangen ist, so wird die Rechnung doch stimmen, da seit Anfang August bis Mitte Oktober zweifellos mehr zum Kriegsdienst eingezogen wurden als arbeitslose Gewerkschaftsmitglieder Arbeit gefunden haben.

Zu diesen beiden Gruppen, der zum Kriegsdienst eingezogenen und der arbeitslosen Mitglieder kommt noch eine dritte, die in allen Gewerkschaften und Gewerkschafts-einrichtungen leider in viel größerer Zahl vorhanden ist, als gemeinhin angenommen wird. Es ist die Gruppe der ängstlichen Gemüter, die glauben, jetzt geht die Welt unter, denen sich diejenigen zugesellen, deren Solidaritätsgefühl genau so lange vorhielt, als sie hoffen konnten, die eingezogenen Beiträge wieder doppelt und dreifach herauszuholen. Die Haltung dieser, die alle in Arbeit stehen und den Gewerkschaften in der Zeit der Not ihre Beiträge verweigern, trägt zu einem wesentlichen Teil dazu bei, daß für die Familien der Eingezogenen seitens der Gewerkschaften nicht mehr getan werden kann, als was bereits geschehen ist. Wenn diejenigen, die die Bezahlung der Beiträge verweigern, dies mit dem Hinweis begründen, es werde ja auch keine Unterstützung an die Familien der eingezogenen Mitglieder bezahlt, so geschieht dies zu einem sehr durchsichtigen Zweck. Sie schämen sich ihrer unschönen und unsolidarischen Handlungsweise vor ihren im Felde stehenden Kameraden und deren Familien und glauben sich so am besten von ihren Verpflichtungen als solcher organisierte Arbeiter drücken zu können.

Mit diesen Darlegungen dürfte wohl der Beweis erbracht sein, daß die Einführung und Bezahlung auch der bescheidensten Unterstützung an die Familien der eingezogenen Gewerkschaftsmitglieder nicht möglich ist.

So stark die Gewerkschaften sind, ihre Kraft erlahmt an dieser Aufgabe. Aber Staat und Gemeinde müssen hier eingreifen. Sie haben die Macht und auch die Pflicht für die Frauen und Kinder zu sorgen, deren Ernährer in den Schützengraben des deutschen Heeres kämpfen und bluten.

Wie Deutschlands Gemeinden für die Kriegerfamilien sorgen.

Die große Mehrzahl der deutschen Kommunen kommt dem Gebot der nationalen Ehre, für die Familienangehörigen der im Felde stehenden Truppen einzutreten, in weitem Maße nach und hat die staatliche Unterstützung, die bekanntlich für die Ehefrau 9 Mark und für jedes Kind 6 Mark pro Monat beträgt, beträchtlich erhöht. Es zahlen zum Beispiel (Gesamtunterstützung):

Wachen (144 110 Einwohner*)	Ehefrau 26 Mk., für jedes Kind 10 Mark, Ernährer von Eltern 40 Mark, Geschwister oder andere Familienangehörige 10 Mk. Außerdem Abgabe von billigen Lebensmitteln.	
Altona (168 300 Einwohner)	Ehefrau	20,— Mk.
	mit 1 Kind	32,— "
	2 Kindern	42,— "
	3 "	50,— "
	4 "	57,— "
	5 "	63,— "
	6 "	68,— "
Barmen (156 143 Einwohner)	Ehefrau	31,50 "
	und für jedes Kind	10,50 "
	bis zum Höchstbetrage von	78,75 "
Dortmund (175 290 Einwohner)	Ehefrau	20,— "
	mit 1 Kind	32,— "
	2 Kindern	38,— "
	3 "	42,— "
	4 "	48,— "
	5 "	54,— "
	6 "	60,— "
	7 "	68,— "
	8 "	72,— "
Duisburg Stadt (192 220 Einwoh.)	Ehefrau mit 1 Kind	36,— "
	2 Kindern	48,— "
	3 "	54,— "
	6 "	72,— "
	9 "	90,— "
Halle (169 600 Einwohner)	Mat. bis Okt. Nov. bis Mat.	
	Ehefrau mit 1 Kind	45,— Mk. 54,— Mk.
	3 Kindern	81,— " 90,— "
	6 "	135,— " 144,— "
Chemnitz (244 405 Einwohner)	pro Woche	
	Ehefrau mit 1 Kind	7,50 "
	3 Kindern	12,50 "
	4 "	15,— "
	5 "	17,— "
Düsseldorf (250 630 Einwoh.)	Ehefrau mit 1 Kind	36,— "
	3 Kindern	60,— "
	6 "	78,— "
	8 "	90,— "
Düsseldorf, Landgemeinden	Ehefrau pro Tag	1,10 "
	mit 1 Kind p. W.	45,— "
	3 Kindern	60,— "
	4 "	66,— "

* Die angegebenen Einwohnerzahlen sind im Jahre 1908 festgestellt worden.

Cheppan mit 3 Kindern p. 22. 72. Mk.		
6	78	
Handlung (22 670 Einwohner) alleinstehende Männer	40	
Frauen	35	
ein kinderloses Ehepaar	55	
Cheppan mit 1 Kind	50	
" " 2 Kindern	62	
" " 3 " "	72	
" " 4 " "	80	
" " 5 " "	87	
je ein weiteres Kind	5	
Handlung (22 670 Einwohner) alleinstehende Frau	30	Mk.
Cheppan mit 1 Kind	38	
" " 2 Kindern	42	
" " 3 " "	48	
" " 4 " "	54	
" " 5 " "	60	
" " 6 " "	67,50	
" " 7 " "	75,50	
Handlung (24 561 Einwohner) Ehefrau	36	
für die ersten 3 Kinder je	8	
jedes weitere	5	
Handlung (22 670 Einwohner) Ehefrau	43,20	
und für jedes Kind	17,50	
Handlung (28 500 Einwohner) Ehefrau mit 1 Kind	40,50	
" " 3 Kindern	61,50	
" " 6 " "	93	
Handlung (52 093 Einwohner) Mai bis Okt. Nov. bis April		
Cheppan mit 1 Kind	39	Mk. 42
" " 3 Kindern	51	54
" " 6 Kindern	67	70
" " 9 Kindern	77	80
Handlung (79 307 Einwohner) Ehefrau mit 1 Kind	46,35	Mk.
" " 3 Kindern	68,90	
Handlung (64 341 Einwohner) Ehefrau mit 1 Kind	40	
Ehefrau " 3 Kindern	60	
Handlung (12 400 Einwohner) Ehefrau	35	
" " mit 1 Kind	20	
" " 2 Kindern	52	
" " 3 " "	72	
" " 4 " "	80	
" " 5 " "	87	
Handlung (15 551 Einwohner) Ehefrau mit 1 Kind	57	
" " 3 Kindern	89	
Handlung (4 748 Einwohner) Ehefrau	51	
" " mit 1 Kind	63	
" " 2 Kindern	72	
" " 3 " "	78	
" " 6 " "	105	
Handlung (12 761 Einwohner) Ehefrau	30	
" " mit 1 Kind	45	
" " 2 Kindern	60	
" " 3 " "	70	
" " 4 " "	78	
" " 5 " "	85	
" " 6 " "	90	
" " 7 " "	95	
" " 8 " "	100	

Gemeinde Handlung **Cheppan** 30. Mk.
 mit 1 Kind 30. Mk.
 " " 3 Kindern 57. Mk.
 " " 6 " " 84. Mk.

Wer weiteres Material wünscht, den verweisen wir auf eine vom Metallarbeiterverband herausgegebene Broschüre, betitelt: „Kriegsflucht“, die in den Bureaus der freien Gewerkschaften zum Preise von 30 Pfennig zu haben ist.

Danziger Unterstützungsfälle für Kriegsteilnehmer.

In Danzig herrscht bezüglich der Unterstützung der Kriegerfamilien leider eine andere Auffassung als in den andern Städten unseres Vaterlandes. Die Stadt Danzig zahlt keinen Pfennig Zulage aus kommunalen Mitteln. Stadtrat Dr. Evert ist der Leiter dieser Einrichtung. Er hat den Damen der Kriegshilfe schriftlich folgende unglaubliche Regeln für die Unterstützung übermittelt:

Grundsätze für die Bewilligung der städtischen Familienunterstützung auf Grund des Reichsgesetzes vom 28. Februar 1888 4. August 1914.

Bei einem Tagesverdienst von 2 Mark und höher werden folgende Abzüge gemacht:

- Die Unterstützung für eine alleinstehende Frau wird gestrichen.
- Bei Familien von Frau und ein Kind oder zwei Kindern wird die Unterstützung für die Frau gestrichen, die für die Kinder gelassen. Beispiel: Frau mit zwei Kindern wird gegeben 2,50-12 Mark.
- Bei Frau und drei bis sechs Kindern wird die Unterstützung für ein Kind = 6 Mark gezogen.
- Die Unterstützung für Frau und mehr als sechs Kindern bleibt ungekürzt.

Soweit bei a-c durch die Kürzung im Einzelfall nachweisliche Härten eingetreten sind, sind wir zu Milderungen bereit. Die Arbeiterinnen am Korpsbekleidungsamt sind uns von der Allgemeinen Ortskrankenkasse mit 2 Mark Tagesverdienst angegeben und deshalb nach a-c behandelt worden. In der Tat soll der Verdienst in vielen Einzelfällen geringer sein. Wenn dort solche Einzelfälle bekannt werden, bitte ich mir den Tatbestand (mit Angabe des tatsächlichen Verdienstes) anzugeben, damit ich Änderungen meiner Maßnahmen treffen kann.

Alle Damen der „Kriegshilfe“, die noch weitere Aufklärung von mir in Einzelfällen wünschen, bitte ich zu mir zu weisen, ich bin gern bereit, sie zu orientieren.

In vereinzelten Fällen haben auch bei einem Einkommen von 1,50 bis 2 Mark Kürzungen stattgefunden; falls hier in den Einzelfällen Härten zu Tage getreten, bitte ich ebenfalls um Mitteilung.

gez. Evert
Stadtrat

Nach einer Mitteilung, die der Danziger Oberbürgermeister den Vertrauensmännern der Arbeiterschaft machte, werden in Danzig die Familien von 8000 Kriegsteilnehmern unterstützt. 17000 oder mehr Danziger Männer stehen unter der Fahne. Es bedarf keines Beweises, daß die Evert'schen Unterstützungsfälle sehr engherzig sind und wohl kaum mit dem Wortlaut des Gesetzes, ganz sicher aber nicht mit dem Willen des Gesetzgebers in Einklang zu bringen sind. Sie schädigen zudem die Stadt Danzig und den Danziger Mittelstand in schwerer Weise. Bei einer solchen Praxis ist vielen tausenden angesichts der hohen Lebensmittelpreise kaum die Stillung des nagendsten Hungers möglich. Ganz unmöglich aber

ist die Ergänzung verbrauchter Kleidung, Schuhe, Wäsche und anderer Haushaltsgegenstände. Unter der auf ein Minimum herabgedrückten Kaufkraft vieler Tausende leiden die Geschäftsleute sehr. Die Folge wird ein beträchtlicher Steuerausfall sein. Herrn Everts Grundsätze nützen niemand, schädigen aber viele.

Regierung, Gemeinde und freie Gewerkschaft.

Wie die Regierung zur Zeit über die Stellung der freien Gewerkschaften und der Gemeinden denkt, geht aus nachfolgendem Zirkular hervor:

Der Regierungspräsident.
P. 2 288.

Danzig, den 9. August 1914.

Die freien Gewerkschaften in Danzig wollen sich dem Vernehmen nach mit der Gewährung von Unterstützungen an die Familien der eingezogenen Wehrpflichtigen, sowie der Beschaffung von Arbeitsgelegenheit für die etwa aus industriellen Unternehmungen entlassenen Arbeiter befassen.

Suer Hochwohlgeboren dem Magistrat gebe ich hieron mit dem Ersuchen Kenntnis, die Mitarbeit der Gewerkschaften nicht zurückzuweisen.

Unterschrift

an die Herren Landräte, den Herrn Polizeipräsidenten, Hier und die Magistrate.

Die Verfügung des Herrn Regierungspräsidenten dürfte in den Arbeiterkreisen mit Genugtuung aufgenommen werden, wenn auch der Danziger Magistrat sich anscheinend nicht viel um diesen Erlaß kümmert.

Die westpreussische Sozialdemokratie und der Krieg.

Die westpreussische Sozialdemokratie zählte am Schluß des 2. Quartals 1914 3358 zahlende männliche Mitglieder, die sich auf alle dreizehn Reichstagswahlkreise verteilen. Davon sind nach einer Statistik, die in den ersten Kriegstagen aufgenommen wurde, 1743 zum Militär eingezogen worden. Das sind 51,9 Prozent der bisherigen männlichen Mitglieder. Unter den zur Fahre eingezogenen befinden sich 126 Vorstandsmitglieder und 9 andere Funktionäre der Partei. Verheiratet sind 1284, die 2861 Kinder haben. Abgereist sind 96 männliche und 9 weibliche Mitglieder. Am 26. August waren vorhanden 1519 männliche und 864 weibliche, zusammen 2383 Mitglieder.

Der Reichstagswahlkreis Danzig-Stadt stellte jetzt von 1253 männlichen Mitgliedern rund 700 zum Kriegsdienst, gleich 55,86 Prozent. Davon sind 37 Vorstandsmitglieder und andere Parteifunktionäre. Die entstandenen Lücken sind zum großen Teil wieder ausgefüllt worden.

J. G.

Der Ueberfall.

Der östliche Kriegsberichterstatler der Voss. Zeitung, v. Koshulski, bringt folgende lebendige Schilderung eines östlichen Ueberfalls der Russen auf ein deutsches Bataillon: Nach Mitternacht. Das Ersatzbataillon eines Infanterie-Regiments biegt von der Chaussee in den Feldweg ein. Drüben in dem Gehöft, dessen Umrisse allmählich aus der Dunkelheit hervortreten, will es Quartier beziehen. Hinter dem Bataillon folgt eine Batterie. Lautlos zieht alles den Feldweg hinaus; denn die Russen sind nicht weit, voraussichtlich drüben im Walde. Der Führer klopft ans Fenster:

„Einquartierung. Bitte, öffnen!“
 Es wird aufgemacht, ein Zimmer für die Offiziere eingeräumt. Die Mannschaften müssen in der Scheune schlafen, die voll Stroh liegt. Eine Feuerstelle wollen sie auch. Man öffnet die Küche, und ein Landwehrmann, Briefträger von Beruf, macht Feuer an und beginnt Kaffee zu mahlen.

„Sind keine Russen auf dem Hofe?“
 „Nein, sie waren gestern hier. Sind alle fort!“
 Die Offiziere setzen sich in dem Gelände um, gehen dann ins Haus und strecken die müden Beine unter den Tisch. In der Scheune machen sich's die Leute inzwischen bequem und suchen ihre Schlafstellen im Stroh; hier und da blüht ein Taschenlampchen auf — vorsichtig, damit kein Lichtschein nach dem Walde zu sichtbar wird. Es ist die größte Vorsicht befohlen. Dem einen scheint etwas nicht geheuer in der Scheune; er wird verpörrt, die Leute sind müde, wollen keine Gespenster sehen. Da zuckt einem andern der den Strohberg hinaufklettern, etwas unter dem Fuge.

„Es ist doch jemand hier! Wacht! Mach! Licht! Da da!“
 Aus dem Stroh erhebt sich eine graue Mäule, eine zweite, dritte. Härtige Köpfe fahren an allen Ecken und Enden heraus. Es ist, als ob das ganze Stroh lebendig würde. Ein Unteroffizier ist schon aus dem Tor gesprungen, hat seine Flinte an sich gerissen und läuft mit geschwungenem Kolben herein.

„Hände hoch!“ brüllt er. „Runter mit Euch!“
 Einer hat schon einen Stoß mit dem Kolben; der zweite purzelt herunter.
 „Hände hoch, sage ich!“
 Wie der leibhaftige Furor teutonius fährt er unter sie. Ueberall brechen sich Hände zum Himmel, hinüber die grauen Gestalten herunter. Zugleich beginnt draußen

ein tolles Schießen. Die Leute stürzen zu den Gewehren, aus dem Hofe. Kommandos werden geschrien. Aber wir — wohin in der Finsternis? Keiner sieht den andern, geschweige den Feind.

„Verfluchte Bande! Dort drüben am Walde!“
 „Ja, dort!“ In der Küche steht der Landwehrmann bei seinem Kaffeetopf. „Unsinn, wird nicht so schlimm sein.“ brummt er. Die Scheibe klirrt, der Landwehrmann fällt lang auf den Boden. hört und sieht nichts mehr. Drüben am Walde zucken hundert Blitze auf. Es knattert, pöfft und zischt, klatscht gegen die Mauer. Hier ein Aufschrei, Stöhnen.

Aber jetzt knallt es von dieser Seite. Die Leute springen an die Mauerecken, hinter die Bäume, werfen sich auf den Boden, wo jeder steht, reißen die Flinte an den Kopf und feuern in der Richtung der Blitze, des Knatterns, ins Ungefähre. Wer kann zielen in der Finsternis? Hinter der Scheune war die Batterie aufgeföhren. In dem Höllenlärm werden die Säule wild. Die Fahrer springen hinzu, hängen sich an die Zügel, sitzen auf, wer es fertig bringt. Umsonst, eine Panik erfasst die Säule; es ist kein Halten mehr. Fort donnern die Geschütze in die Nacht hinein. Eins bleibt. Ein Kanonier hat seine Lafette losbekommen, den Munitionskasten geöffnet und die Patronenkörbe herausgerissen. Jetzt richtet er das Rohr nach dem Walde, labet und schon kracht der erste Schuß. Der Kanonier hat ein paar Infanteristen festgehalten, die ihm die Munition zureichen: Granaten, Schrapnell, was ihnen unter die Finger kommt. Wer kann die Entfernung schätzen, wer einen Zeitjünder stellen? Herein in den Lauf und losgebrannt, dort nach dem Walde, wo das feindliche Feuer am stärksten scheint. Wie ein Höllenhund brüllt die eine Kanone zwischen das Knattern und Peitschen der Gewehre. Ob viel oder wenig getroffen wird — gleichviel, die Russen haben Respekt vor dem Höllenhund. Er hat sie schon zu oft und schmerzlich gebissen.

Das Feuer wird schwächer und verstummt schließlich. In der Scheune steht die Tanne schon voller Gefangenen. Ein Leutnant und ein Offiziersstellvertreter, in einer Hand das Lämpchen, in der andern den Revolver, und der Unteroffizier, dessen Kolben jebem in die Rippen fährt, der nicht augenblicklich die Hände hebt und in Reih und Glied tritt. Keiner von ihnen hat gemagt, zur Waffe zu greifen, alle kommen ohne Flinte und Bajonett. Sie werden abgezählt, hinausgeführt und Posten davorgestellt. Es sind 125.

Nun die Verwundeten aufgesucht und endlich ins Stroh! Noch ein paar Augen voll Schlaf. Der Morgen ist nicht mehr weit, und es gibt sicher einen heißen Tag. Waff slegt die Müdigkeit und die Jugend über die aufgeregten Nerven. Einer nach dem andern fällt dem Schlaf in die Arme. Was war das — ihr Stöhnen — ein Verwundeter? Die sind doch drüben im Hause. Drückt einen der Alp — träumt er schlecht? Da ist es wieder, schmerzhaft, wie aus der Unterwelt klingt es herauf.

„Was ist los? Mensch, bist Du verrückt? Hast doch's Maul — Du, hörst Du nicht?“
 „Was — was willst Du denn?“
 „Du sollst ruhig sein; stöhnst ja wie...“
 „Ich?“
 Wieder das Stöhnen. Gleich an zwei, drei Stellen.
 „Herr Unteroffizier, unter mir rührt sich was; das stöhnt so.“
 „Nicht machen, Himmelkreuzmillion, wird denn keine Ruhe heute?“

Einer der Leute buddelt unter sich im Stroh, paßt zu, zieht einen Russentiefel aus Licht und mit den Stiefel einen Russen. Der hebt gleich bittend die Hände und schnappt nach Luft. Das angiltvolle Gesicht trielt von Schweiß. „Sieh, verdamnter Himmelhund. Das ist Dir gesund. Warum bist Du vorher nicht hochgekommen? Raus jetzt, Ihr Bande, sonst wird mit den Bajonett gesucht. Raus!“

Und wieder wird das Stroh lebendig. Wieder erheben sich die grauen Gestalten hier, da, überall. Auch eine zweite Herde wird zusammen- und auf den Hof hinausgetrieben. Aber zweihundert sind es im ganzen!

Jetzt lohnt es sich kaum noch, das Schlafen Einiger legen sich hin, andere gehen in die Küche, um Kaffee zu kochen. „Waren denn keine Offiziere dabei? Und die Bewohner?“ Da neben der Küche waren sie. Durch's Fenster ausgerückt. Die Besizer mit. „Verdamnter Verräter!“ Jetzt einen Topf Kaffee, ein Stück Brot. Dann in den frischen Morgen zu neuem Kampf. Die Artillerie hat sich auch wieder eingefunden. Freilich: ein Tote und zwanzig Verwundete hat das Bataillon. Aber die Verluste des Feindes sind viel größer, von den Gefangenen abgesehen. Elf Eisenkreuze belohnen die tapfere Weitesgegenwart des Ersatzbataillons.

Samenerker stehen noch höher im Preis. Ein einzelnes Ei muß mit 15—16 Pfennigen bezahlt werden. Frische Milch kostet 18—20 Pfennige pro Liter. Das sind Preise, die unerschwinglich sind. Und gerade Milch und Eier sind für Kinder und Kranke sehr wichtige Nahrungsmittel. Für den Kreis Briesen hat die Militärbehörde den Preis für eine Mandel Eier jüngst auf 1,40 Mark festgesetzt. Greist Herr von Baerensfels nicht ein, dann kosten in Danzig zur Weihnachtszeit die Eier 3 Mark pro Mandel.

Sehr schlimm ist der Petroleumwucher. Vor dem Krieg kostete Petroleum 20 bis 22 Pfennige pro Liter. Heute werden bis 35 Pfennige bezahlt. Ja sogar von 50 Pfennigen pro Liter erzählt man sich. Es mögen Ausnahmefälle sein, wo der letzte Preis gezahlt wurde. Indes sie zeigen, was noch alles kommen kann, denn wir haben noch eine ganze Weile bis zu den kürzesten Tagen. Dabei hat noch in den letzten Tagen die Mannheimer Petroleumgesellschaft erklärt, in Deutschland wäre genug Petroleum für den ganzen Winter vorhanden, selbst wenn keine Zufuhren möglich wären. Solche Fanden aber, wenn auch in kleinem Umfange trotz des Krieges statt. Einige Händler behaupten, sie müßten für ein Liter Petroleum selber 28 1/2 Pfennig zahlen. Ob das wahr oder geschwindelt ist, können wir nicht nachprüfen. Im ersten Falle müßte den Herren vom Großhandel aufs Dach gestiegen werden.

In allen diesen Fragen erwartet die ärmere Bevölkerung Danzigs, daß Herr v. Baerensfels seine Macht zu Gunsten der wirtschaftlich Schwachen in die Waagschale wirft. Wird sie das Vertrauen auf die Gerechtigkeitstheorie des Danziger Stadtkommandanten läuschen?

Genossenschaftliches.

Die Konsum- und Spargenossenschaft für Danzig und Umgegend hatte am 1. November ihre Generalversammlung, in der der Geschäftsbericht über das erste volle Geschäftsjahr seit Bestehen der Genossenschaft erstattet wurde. Die Mitgliederzahl erhöhte sich von 818 auf 1279. Der Gesamtumsatz betrug 135374

Mark, der Gesamtgewinn 16395,60 Mark und der Reingewinn 8229,02 Mark. Letzterer ermöglicht die Verteilung einer Rückverteilung von 4 Prozent. Die Auszahlungstage sind im Anzeigenteil dieser Nummer bekanntgegeben. Ungehörige vom Kriegsteilnehmer, die ihren Geschäftsanteil nicht voll eingezahlt haben und sich als solche ausweisen, erhalten die Rückvergütung in Form von Gutscheinen, die in den Verkaufsstellen Elbingerstraße 41 und Brunshöfer Weg 24 beim Waren-Einkauf in Zahlung genommen werden. Im Vermögenswerten besaß die Genossenschaft am Schluß des Geschäftsjahres u. a. einen Warenbestand von 20248,87 Mark, einen Barbestand von 4002,34 Mark und eine Bankeinlage von 11023,07 Mark. Auch die seit dem 1. Mai d. Js. bestehende Sparkasse hat einen Bestand von beinahe 3000 Mark erreicht. Die Reserven betragen 3100 Mark. Die Mitgliederzahl ist in ständiger Zunahme begriffen, ein Beweis dafür, wie immer mehr die Erkenntnis von der Notwendigkeit der Konsumenten-Organisation an Boden gewinnt. Auch Beamte und Arbeiter in Reichs- und Staatsbetrieben können Mitglieder werden, nachdem die Zentralbehörden ihren früheren Widerstand gegen die Konsumgenossenschaftlichen Bestrebungen aufgegeben haben, veranlaßt durch die erfolgreiche Mitwirkung der Konsumgenossenschaften bei der Lieferung des Heeresbedarfes. Die Preisfestsetzung in den genossenschaftlichen Verkaufsstellen ist streng reell und hält sich fern von jeder unehrlichen Ausbeutung der Käufer. Neuaufnahmen von Mitgliedern — auch Frauen — können gegen Zahlung eines Eintrittsgeldes von 50 Pfg. in den obengenannten Verkaufsstellen bewirkt werden.

Stadtverordnetenwahlen und Burg-friede.

In vielen andern Städten hat man für die Stadtverordnetenwahlen während des Krieges den Kampf ausgeschlossen. Man betrachtete es auch auf bürgerlicher Seite als unredlich, sich Mandate auf Kosten der Männer zu verschaffen, die im Felde ihr Leben für das ganze Volk einsetzten. Es kam deshalb meist zu Vereinbarungen, in denen auch der Sozialdemokratie Plätze überlassen wurden. Dies schien anfänglich auch in Danzig möglich zu sein. Der Magistrat wollte die Verschlebung der Wahlen bis nach dem Kriege. Dabei äußerten sich die Führer der zentrums-konserverativen Gruppe, Schmidt und Brunzen, ganz ungewöhnlich dahin, daß sie nur dann für die unveränderte Vornahme der Wahlen wären, wenn eine Vereinbarung unter allen Parteien mit Ausschluß der Sozialdemokratie erfolge, nach der diese 2—3 Sitze erhalten sollte. Bei Beginn der nächsten Stadtverordnetenwahl gab Schmidt jedoch die liberalisierende Erklärung ab, daß er völlig mißverstanden sei und mit der Sozialdemokratie nichts gemein haben wolle.

Unsere Parzellierung hatte inzwischen bereits bei den bürgerlichen Parteien angefragt, ob sie zu einer Vereinbarung bereit

seien. Professor Stinson antwortete als Vertrauensmann der vereinigten bürgerlichen Parteien, daß dafür kein Raum sei, weil bereits ein Abkommen zur Wahrung des Bestandes erfolgt wäre.

Dieses Abkommen ist jedoch nicht Tatsache geworden. Die Mitglieder des Mietervereins laßten den Bürgerlichen erstler als ihr Vorkühender Oberpostleutnant Stobbe auf. Sie lehnten, ebenso wie die bisher mit dem Mieterverein zusammen gegangenen Vereine, das Kompromiß mit der Bürgerpartei ab. Trotzdem bezeichnete sich die Bürgerpartei als Wahlschluß der „vereinigten bürgerlichen Wähler“.

Der Mieterverein schloß sich mit den bisher schon mit ihm verbündeten Vereinen zu der Kommunalen Vereinigung von 1914 zusammen, die auch der Sozialdemokratie zwei Plätze auf ihrer Kandidatenliste einräumte. Aus Mangel an Zeit und wegen des Kriegszustandes war eine besondere Werbetätigkeit nicht möglich. Dazu kam das eigentümliche Verhalten der „vereinigten Arbeiter“-kandidaten R h, S i e r i c h und G l a s s a g e n. Durch eine fettgedruckte öffentliche Erklärung erweckten sie den Anschein, als kandidierten sie gegen ihren Willen für die Kommunale Vereinigung, die sie tatsächlich mitgegründet hätten. Trotz der heftigen Beschuldigung der Vereinigung durch die Bürgerpartei kandidierten jene drei gleichzeitig auch für diese! Zur Krönung dieser Charakterfestigkeit stimmten sie selbst für die schwarzblauen Kandidaten.

Daß die Kommunale Vereinigung unter solchen Umständen keinen Mandatserfolg erzielen konnte, ist verständlich. Die in ihr führenden Männer waren gegen alle Voreingenommenheit ehrlich bestrebt, auch der bisher verkehrten Arbeiterpartei zur Anerkennung zu verhelfen. Ihre Wähler sind ihnen jedoch nicht gefolgt. Trotzdem ergab die Abstimmung einen Achtungserfolg, der unter Danziger Verhältnissen nicht zu unterschätzen ist.

Wir haben das durch den Ausnahmezustand des Krieges verursachte Zusammengehen mit den Bürgerlichen, das uns keinerlei Verpflichtungen auferlegte, nicht zu bedauern. Wir haben dadurch die schwarzblauen Machthaber im Rathause und ihre Knechte dazu gezwungen, Farbe zu bekennen. In ihren Aufrufen wurde die ungenaue bürgerliche Behauptung aufgestellt, daß „es die Sozialdemokratie nicht überlassen sollte“. Das zentrums-konserverative Westpreussische Volksblatt richtete sehr durchsichtige geschmacklose persönliche Angriffe gegen Herrn Dr. Schmidt, den Geschäftsleiter der Allgemeinen Ortskrankenkasse, unter der Bezeichnung, daß er zu der Anregung der Kommunalen Vereinigung gehören sollte. So vornehm betätigte sich der Danziger Burg-friede, als auf den Schlachtfeldern im mörderischen Kriege die Ehre des Volkes ohne Unterschied der Ueberzeugung ihr Leben einsetzten.

Aus der Schichaustadt.

Elbinger Kriegsunterstützung.

Nach dem plötzlichen Ausbruch des Krieges sind in den meisten Städten Schritte notwendig geworden und auch unternommen. Es die durch den Krieg verursachte Not einigermaßen zu lindern. Auch bei uns in Elbing beschäftigte sich am 14. August eine Stadtverordnetenversammlung mit beratenden Maßnahmen und wurden zu diesem Zweck 100 000 Mark zur Verfügung gestellt.

Für die Familien der eingezogenen städtischen Beamten sollte das volle Gehalt weiterbezahlt werden. Für die städtischen Arbeiter war derartige nicht vorgesehen. Es wurde vom Magistrat erklärt, daß für diese in ausreichender Weise gesorgt werden solle und diese Familien, sollten sich nicht schlechter stellen als jene, deren Ernährer in der Industrie beschäftigt waren.

Genosse F i n s e l beantragte damals, daß den Familien der Arbeiter ebenfalls der volle Lohn ausbezahlt würde, denn was den Beamten recht, sei auch den Arbeitern billig. Gegen diesen Antrag wehrte sich der Oberbürgermeister Dr. Mertens ganz entschieden und betonte er hierbei, daß die Unterstützung auf viele Familien demoralisierend wirken würde. Es würde dann eben nicht gearbeitet. Eine Anzahl Frauen hätten auf die Kunde von der Gewährung der Unterstützung die Arbeit schon aufgegeben. Warum verlangte der Herr Oberbürgermeister nicht, daß auch die Frauen der höheren Beamten arbeiten? Dabei überließ Herr Mertens völlig, daß eine Frau, der die Sorge für einige Kinder obliegt, vollauf Beschäftigung vom Morgen bis zum Abendgrauen hat, wenn sie den Pflichten des Haushalts nachkommt. Der Antrag des Genossen Finzel wurde abgelehnt und der Antrag des Magistrats angenommen.

Zur Prüfung der Koststände und zur Festsetzung der verschiedenen Unterstützungen wurde eine Kommission gewählt. Doch hat die Tätigkeit dieser Kommission bereits von sehr vielen Familien abfällige Urteile hervorgerufen. Die Arbeiterfrauen sind der Meinung, wenn die Ernährer der Familien zum Heeresdienst eingezogen werden, hätten auch die Familien einen Anspruch auf eine ausreichende Ernährung. Und wir müssen leider zugeben, daß ihre Mithimmung berechtigt ist. Es liegt sicherlich nicht im Interesse der Allgemeinheit, wenn die Kommission sich nur zu kleinkindlicher Auffassung leiten läßt. Auch entspricht diese nicht dem Interesse unseres Heeres, denn mit welchem Gefühl werden unsere Truppen in die Schlacht ziehen, wenn sie wissen, daß die Familie daheim der Not preisgegeben ist. Mit wieviel größerem Mut werden sie kämpfen, wenn für ihre Lieben daheim in ausreichendem Maße gesorgt ist! Eine große Anzahl Gemeinden haben das bereits eingesehen und handeln danach.

Zu einer derartigen vernünftigen Maßnahme konnte sich aber unsere Stadtverwaltung bedauerlicherweise nicht entschließen. Daß das gerade nicht zur Beruhigung beiträgt, liegt wohl klar auf der Hand. Um nun diese Mißstände abzuheben, hatte die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion in der letzten Stadtverordnetenversammlung einen Antrag auf 75 Prozent städtischen Zuschuß für alle Familien der Kriegsteilnehmer gestellt. Dieser Antrag wurde von den Genossen Finzel und Peter warm befürwortet, aber vom Oberbürgermeister scharf bekämpft. Dieser Herr,

der ein Einkommen von 15 000 Mark jährlich hat, erklärte, daß in dieser Zeit erst jeder selbst die Pflicht habe, für sich zu sorgen. Der katholische Arbeitssekretär Nitsch erklärte, daß ihm dieser Antrag zu weit gehe. Er sei mit den Maßnahmen des Magistrats einverstanden, denn er habe auch schon Frauen zum Magistrat geschickt und diese hätten denn auch eine Kleinigkeit erhalten. Der Antrag unserer Genossen wurde abgelehnt. Es bleibt bei der bisherigen Praxis. Jedenfalls werden unsere Genossen in der nächsten Sitzung wieder Veranlassung nehmen, um doch eine Erhöhung der Unterstützung durchzuführen.

Noch ein Wort zu der Tätigkeit der magistratlichen Unterstützungskommission. Stellt heute eine Kriegesfrau einen Antrag auf Unterstützung, so tritt die Kommission in Tätigkeit. Zunächst wird der Armenpfleger umhergeschickt um festzustellen ob die Familie „bedürftig“ ist. Dadurch wird schon der Anschein erweckt, als würde den Familien der Kriegsteilnehmer Armenunterstützung gezahlt. Die Frau wird dann ergründet und mit peinlichster Genauigkeit wird festgestellt, ob sie aus der Organisation Unterstützung erhält. In einem Falle erklärte der Armenpfleger sogar, „er wolle sich selber bei der Organisation erkundigen“. Ist trotz allem „die Bedürftigkeit“ festgestellt, so wird noch lange nicht Unterstützung gewährt. Erst muß die Frau nachweisen, daß sie die Miete gezahlt hat. Dann erst erhält sie — vielleicht nach 14 Tagen — einen „Zuschuß“ von 5 bis 9 Mark. Mitunter freilich kann die Kommission auch höhere Zuschüsse leisten, während man einer armen Frau erklärte: Ja, Sie haben ja noch ein Sofa. Dabei hat das Ministerium noch jüngst die Behörden angewiesen, bei der Gewährung der Unterstützung jede Kleinigkeit zu unterlassen und vor allem auch den Anschein der Armenunterstützung zu vermeiden. Aber die bürgerlichen Stadtväter sind fiskalischer als der Fiskus.

Die Freien Gewerkschaften Elbings und der Krieg. Gleich nach Ausbruch des Krieges wurde von den Vorständen der Freien Gewerkschaften in Aussicht genommen, die Familien der zum Heere eingezogenen Mitglieder nach Möglichkeit zu unterstützen. Soweit dieses irgend möglich war haben die Gewerkschaften denn auch den Verhältnissen Rechnung getragen und dadurch bewiesen, daß sie selbst in den schwersten Zeiten nicht weniger, sondern mehr leisten, als bei normalen Zeiten. Wir können feststellen, daß bisher in Elbing die Verbände der Bauarbeiter, Dachdecker, Fabrikarbeiter, Holzarbeiter, Kupferschmiede, Transportarbeiter und Zimmerer über 10 400 Mark an die Familien der eingezogenen ausgezahlt haben. Außerdem stehen die Beamten der Gewerkschaften den Familien in allen Rechtsfragen mit Rat und Tat zur Seite. Auch darauf weisen wir hin, daß am Mittwoch, den 25. November, abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Untch jr. Georgendamm eine Versammlung der Frauen aller zum Heeresdienst eingezogenen Mitglieder der freien Gewerkschaften stattfindet. In dieser Veranstaltung sollen wichtige soziale Maßnahmen erörtert werden. Auch jene Frauen müssen erscheinen, welche bisher Unterstützungen nicht erhalten haben,

Miete und Heeresdienst.

Wah eine sehr sehr große Anzahl Familienväter zum Heere eingezogen ist, sind sehr viele Familien in die läbliche Lage versetzt, die Miete nicht rechtzeitig zahlen zu können. Freilich sind ja diese Familien durch das Befehl vor Zwangsmaßnahmen der Hausbesitzer geschützt. Denn kein Hausbesitzer hat das Recht, die Familien der Krieger auf die Straße zu setzen, oder gar ihre Sachen verkaufen zu lassen. Trotzdem versuchen einige Hausbesitzer, die Frauen durch Drohungen einzuschüchtern. Das Bedauerlichste ist aber, daß selbst unsere Stadtverwaltung den Hausbesitzern nicht mit dem besten Beispiel vorangeht. Uns liegen eine Anzahl Briefe von Ende August vor, durch welche der Stadtrat Jursch die Familien der eingezogenen anfordert, die Miete innerhalb drei Tagen zu zahlen. Die Ernährer dieser Familien waren aber schon am 1. und 2. August eingezogen. Andererseits muß anerkannt werden, daß einige Hausbesitzer den Mietpreis nicht nur gestundet, sondern auch um einige Mark ermäßigt haben. Dieses wäre unserer Stadtverwaltung ebenfalls zu empfehlen. Es kamen in den städtischen Häusern eine Anzahl kinderreicher Familien in Frage. Auch würde dieses Entgegenkommen auf die übrigen Hausbesitzer, deren Häuser doch auch von den Kriegern geschlützt werden, in erziehendem Sinne wirken.

Notstandsarbeiten oder Arbeitslosenfürsorge?

Der Magistrat in Elbing hat bis jetzt zu umfassenderen Notstandsarbeiten noch keine Stellung genommen. Ein größerer Schulneubau für Pangritz-Kolonie, der noch in diesem Jahr in Angriff genommen werden sollte, ist bisher unterblieben. Wäre dies geschehen, so hätte ein guter Teil arbeitsloser Arbeiter im Baugewerbe Beschäftigung gefunden. Und Arbeitslose sind in Elbing

Kamelhaarschuhe

sind die einzig richtigen in dieser Jahreszeit für das Heim. Sie erhalten Ihre Gesundheit durch warmes Fäße.

Filz-Schnür- und Schnallenstiefel

in großer Auswahl.

Feste, derbe Ledersorten

für Männer, Frauen und Kinder in billigen Preislagen.

Stiefelkönig

6. m. b. H.

Breitgasse
Nr. 120.



in beachtlicher Menge vorhanden, obwohl verschiedene Reichsbehörden Arbeiten ausführen lassen. Letztere werden in einem uns mitgeteilten Faßte gelangene Russen beschäftigt.

Einige Zahlen mögen hier über den Rückgang der Bauaktivität sowie über den Umfang der Arbeitslosigkeit näheren Aufschluß geben. Regelmäßige Monatsstatistiken ergeben folgendes Resultat:

Statistik Monat	Zahl der Beschäftigten im Baugewerbe					Zahl der Arbeitsl.	Zahl der arbeitslos bleibenden im Monat
	Städte	Land	Gesamt	Handwerk	Bauhandwerk		
Juli 1914	7 732	854	—	1	2	15	
August 1914	3 76	47 595	700	122	147	4787	
September 1914	2 160	119 707	652	31	16	689	
Oktober 1914	2 160	135 737	638	17	7	27	

Da der Magistrat bis jetzt größeren Notstandsarbeiten aus dem Wege gegangen ist, vielleicht aus Furcht vor einer Invasion der Russen, so wird er recht bald der Arbeitslosenfürsorge näher treten müssen, da die Arbeitslosigkeit im Baugewerbe wieder im Steigen begriffen ist.

Aus dem Gerichtssaal. Korruption.

In unserer Nummer 32 besprachen wir am 7. April unter dieser Überschrift: Baukommunale, die mit der Beschaffung von An-

schaffungsgegenständen für die Danziger Feuerwehre in Verbindung standen. Diese Mitteilungen stießen in der Behauptung, daß die Firma Stielow & Förster, die Vertretung der Adler-Werke in Frankfurt am Main, an den zentralkonferentiellen Stadtvorordneten Brandmeister Dr. med. Friedrich Lenz 600 Mark Schmiergeld bezahlt habe. Die Danziger Neuesten Nachrichten, die bekanntlich dem Stadtvorordneten Kucha gehören, antworteten schon am 8. April, daß die Feuerwehredeputation nach eingehender Prüfung die obige Behauptung in keiner Hinsicht bestätigt habe. Der Stadtv. Lenz erklärte in der bürgerlichen Presse, daß er allerdings Reisekosten erhalten habe, aber nur für Besichtigungen, die er als Redakteur des „Norddeutschen Feuerwehremannes“ vorgenommen habe. Mit seiner Tätigkeit als Stadtvorordneter hätten diese Vergütungen nichts zu tun gehabt.

Dann stellte der Magistrat gegen uns Strafantrag wegen Verleumdung des Stadtv. Lenz. Dieser Prozeß ist noch nicht verhandelt. Auch die Firma Stielow & Förster klagte gegen uns, weil sie sich durch den Vorwurf der Zahlung von Schmiergeldern beleidigt fühlte. Unser verantwortlicher Redakteur, Genosse Lenz, wurde deshalb vom Schöffengericht am 1. März zu 20 Mark Geldstrafe verurteilt. Auf seine Berufung beschloß die Angelegenheit am 9. November die Strafkammer. Stadtv. Lenz behauptete als Zeuge, daß er gerade in dieser Sache penitent darauf gesehen habe, mit ihr nicht als Stadtvorordneter in Verbindung zu kommen. Er habe, wie das seit Jahren üblich sei, die Firma als Redakteur ersucht, ihm die Verichtigung ihrer Werke zu gestalten, und dafür 500 Mark Reisekosten zu zahlen, weil die Fahrt 7 Tage in Anspruch nahm. Seine Eigenheit als Stadtvorordneter sei dabei in keiner Weise in Frage gekommen. Der liberale Stadtvorordnete Kucha in a n n bekundete als Zeuge u. a., daß die Feuerwehredeputation die Besetzungen des Stadtv. Lenz an Stielow & Förster und die Annahme der Entschädigung einmündig für unzulässig erklärt habe. Lenz habe dem Stadtvorordnertenoorbitier, Kucha jedoch das Gegenteil als Ansicht der Kommission mitgeteilt. Aus einer Unterredung mit dem Kläger, Kaufmann Förster, will K. den Eindruck gewonnen haben, daß Lenz mit der Firma schon längere Zeit in Beziehungen gestanden habe. K. habe ihm auch

die von L. über 500 Mark Reisekosten u. s. w. „ausgehende“ Quittung gezeigt und dazu sehr deutlich bemerkt: „Das so... hat mir das sogar schriftlich gegeben.“

Aus der zwischen Lenz und den Adlerwerken geführten Korrespondenz, die zur Verlesung gelangte, ging hervor, daß Lenz nach dem Empfang eines Kataloges über Motorprügen am 27. März an die Firma schrieb und ihr mitteilte, daß er der einzige Sachverständige in der Feuerwehredeputation sei. Auf dieser Grundlage entwickelte sich dann der Reiseplan, in dessen weiterer Folge Lenz um die 500 Mark als einen Kosten teil schrieb. Stielow & Förster schrieben an die Adlerwerke, daß Lenz einflussreicher Stadtvorordneter sei und mit dem Brandmeister auch gesellschaftlich verkehre. Unter diesen Umständen dürften die ihm zu zahlenden Reisekosten nicht zu niedrig werden.

Nach einer mustergültigen Verteidigungsrede des Herrn Rechtsanwalts Rosenbaum kam das Gericht zur Freisprechung. In der Begründung bezeichnete es die von Lenz gebrachte Bemerkung von dem Kosten teil als eigenmächtig aber nicht genügend geklärt. Sonst sei es zu der Überzeugung gekommen, daß St. & F. den Lenz den Adlerwerken nicht nur als sachverständig sondern auch als einflussreich empfohlen hätten. Darin könnte nur die beabsichtigte Beeinflussung gesehen werden. Deshalb war der Ausdruck Schmiergeld gerechtfertigt! Der Irrtum in der Höhe des Betrages, statt 500 Mark hatten wir 600 Mark geschrieben, sei belanglos.

Wir bedauern, daß kein Vertreter des Magistrats dieser hochinteressanten Verhandlung beigewohnt hat. Die vielfach an uns gerichtete Frage, ob Lenz nach diesem Prozeß nicht sein Mandat als Stadtvorordneter niederlegen müsse, können wir jetzt nicht beantworten.

Gegenüber anderen Auffassungen haben wir zu erklären, daß unser Artikel vom 7. April weder gegen den Magistrat noch gegen den Stadtvorordnerten Schade beabsichtigende Wendungen richtet noch richten wollte. Wenn sie in ihm gefunden werden könnten, so lagen sie nicht in unserer Absicht. Wir würden sie trotzdem mit dem Ausdruck des Bedauerns ohne Weiteres zurücknehmen.

Die große Zeit

in der wir jetzt leben, vergegenwärtigen wir uns nur durch Anhören

dieser Neuaufnahmen!

Hindenburg-Marsch

Hurra die Landwehr
Denn dank ich Gott,
daß ich ein Deutscher bin

Deutsch heißt jetzt die Lösung
Michel laß nur den
Kopf nicht hängen

Deutsche Blaulacken
Immer feste drauf!
Wir müssen siegen!

Deutscher Festgesang!
Landwehrmanns Abschied!

auf Platten zum Sprechapparat bei mir zu haben,
Größte Auswahl in Sprechapparaten gegen bar und
auf Teilzahlung.

Hand- und Mundharmonikas, Elektr.
Taschenlampen, Reparatur, an Uhren
und Sprechapparaten schnell und billig.

Hermann Stupel
130 Breitgasse 130
lah. des Musikhaus „KOMET“.

Püßiger Katschke im Krieg!
Der von 1878 bekannte Püßiger Katschke
unterhält seine Kameraden mit einem
Kriegsliederbuch u. Witz u. nicht so los Feld

Unsere tapferen Bayern!
Im Feldlager!
Der Soldate!

Unser Kaiser!
Schlaf Kindlein schlaf,
wir dreschen alle brav!

So machens die Mädchen alle!
Die Mobilmachung
Die Erlörmung von Lütlich!



Trotz der enormen Preissteigerung bin ich in der Lage,
durch mein großes Engros-geschäft meiner werten Kund-
schaft die Ware zu den billigsten Preisen abzugeben.

Als Liebesgaben

für unsere tapferen
Krieger empfehle ich

- Leinwandbinden . . . 90 1.45 2.10 Mk
- Langenschnitzer . . . 1.45 1.95 2.45 Mk
- Paßwärmer, reine Wolle 58 75 95 Mk
- Halbschürzen, reine Wolle . . . 1.25 Mk
- Ohrschützer 28 38 reine Wolle 90 Mk
- Kopfschützer, reine Wolle . . . 1.65 Mk
- Kniewärmer, reine Wolle . . . 1.75 Mk
- Socken . . . 40 60 75 95 Mk
- reine Wolle . . . 1.25 1.45 1.95 2.16 Mk
- Zehnwärmer . . . Paar 28 Mk
- Filzsohlen . . . Paar 10 18 25 Mk
- Hosenträger Paar 48 75 95 Mk 1.25 Mk
- Taschentücher . . . 15 23 28 35 45 Mk

Damen-Hemden u. Hosen 95 1.25 1.65 1.95 2.35 Mk

in Barchent und Lintol

Untertaillen 78 75 95 1.35 1.85 Mk

in weiß mit Stickerei

Trikot-Untertaillen 1.35 1.85 2.10 Mk

mit 1/2 und ganzem Arm

Kinder-Unterzeuge 95 1.35 1.75 2.15 Mk

in Pelzstoff, mit und ohne Klappe

Sweater 1.25 1.65 1.95 Mk

in allen Größen

Sweater 1.95 2.45 3.25 Mk

reine Wolle

Knaben-Militär-Mützen 95 1.45 1.95 Mk

in grau, Stoff

Knaben-Militär-Schürzen 95

in Ulau, Infanterie, Husar

Mädchen-Kapotten 125 195 245 Mk

in allen Farben,
Sommer u. Winter

Filzschuhe für Kinder 60 95 1.45 1.95 Mk

für Damen 1.35 1.75 2.35 Mk

Mützen für Knaben 45 75 95 Mk

in Flanell und gestrickt

Julius Goldstein

Lawendelgasse 4. Verlangen Sie Rabattmarken. Junkergasse 2.

Verband der Hausangestellten

Ortsgruppe Danzig.

Zusammenkunft

der Mitglieder am Sonntag, den 22. November,

nachmittags 5 Uhr, bei Witwe Steppuhn, Schildh.

Karlshäuserstraße 27.

Rat und Auskunft in allen Angelegenheiten, erteilt

Käthe Feu, Jakobswall 23

Ulster und Paletots

finden Sie in größter Auswahl
zu billigen aber streng festen
Preisen nur bei

J. Rosenbaum

Danzig, Breitgasse 128-29

18, 21, 24, 27 bis 45 Mk.

Beachten Sie bitte die Schaufenster.

Bekanntmachung.

Die zu Lieferungen für die Heeresverwaltung ver-
pflichteten Fabrikanten und Lieferanten werden von ihrer
Privatkaufmannschaft vielfach wegen Klagenandrohung zur
Erfüllung ihrer Verträge in einer Weise gedrängt, die das
Interesse der Heeresverwaltung an schublen gefährdet ist.
Das Interesse der öffentlichen Sicherheit macht es
unbedingt erforderlich, daß alle Aufträge der Heeres-
verwaltung in erster Linie und stets vor denen der
Privatkaufmannschaft auszuführen sind. Die Zurück-
haltung von Heereslieferungen gegenüber den Aufträgen
der Privatkaufmannschaft wird hierdurch für den Bereich des
XVII. Armeekorps verboten. Anwerdungen gegen diese
Verbot sowie die Aufforderung und Anreizung zur Über-
tretung des Verbots werden mit Gefängnis bis zu einem
Jahr bestraft.

Danzig, den 19. November 1914

Der stellvertretende kommandierende General.
v. Schack.

Hüte, Mützen, Regenschirme

Filzschuhe

Wollwäsche für Militär

Trotz enormer Preissteigerung
billigste Preise.

Julius London

nur II. Datum 18.

Konsum- und Spargenossenschaft

für Danzig und Umgegend

eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.

Die

Auszahlung der Rückvergütung

erfolgt für die Mitglieder, die ihr Buch in der
Danziger Verkaufsstelle, Fischergasse 31, abgegeben
haben, in nachstehender Reihenfolge:

Für die Inhaber der Mitgliedsbücher

Nr. 1—400 Dienstag, 24. November von 4 1/2 Uhr
Nr. 401—800 Mittwoch, 25. „ nachmittags
über 800 Donnerstag, 26. „ an.

Spätere Abholung an jedem Dienstag, Mittwoch
und Donnerstag gestattet.

Für die Mitglieder, die ihr Buch in der Verkaufsstelle Lang-
jahr, Deuschlauer Weg 24, abgegeben haben, beginnt die Aus-
zahlung am Montag, den 30. November. Näheres wird durch
Aushang in der dortigen Verkaufsstelle bekannt gemacht.

Die Angehörigen von Kriegsteilnehmern, die ihren Geschäfts-
anteil nicht v. Angezahlt haben, wollen sich als solche ausweisen.

Nonansubaren von Mitgliedern werden gegen Zahlung eines
Eintragsgeldes von 50 Pf. in den obengenannten
Verkaufsstellen bewirkt.

Der Vorstand